

Unnones:
Annahme-Bureaus:
In Posen bei
Drs. Krupski (C. H. Ulrich & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen;
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedrichstr. Ecke 4;
in Grätz b. Hrn. L. Strelau;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig,
Hamburg, Wien und Basel;
Haasenstein & Vogler.

Unnones:
Annahme-Bureaus:
In Berlin,
Wien, München, St. Gallen;
Endowd Mose;
in Berlin:
A. Klemmer, Schloßplatz,
in Breslau,
Kassel, Bern u. Stuttgart:
Bogis & Co.;
in Breslau: A. Jenke;
in Frankfurt a. M.:
G. L. Danke & Co.

Posener Zeitung.

Dreiundsechzigster Jahrgang.

W. 98.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierthalb für die Stadt Posen 14 Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 28. April

Insetrate 14 Sgr. die fälschlich gezeichnete Seite oder deren Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Erbiedlung zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1870.

Amtliches.

Berlin, 27. April. Se. M. der König haben im Namen des Norddeutschen Bundes den bisherigen preußischen Konsular-Agenten Viktor Stroh zu Amasia zum Vize-Konsul des Norddeutschen Bundes daselbst zu ernennen geruht.

Der Baumeister le Blanc, z. B. in Rastenburg, ist zum kgl. Kreis-Baumeister ernannt und demselben die neu kreirte Kreis-Baumeisterstelle zu Gerdauen verliehen worden.

Der Notar Martin in Jülich ist in den Friedensgerichtsbezirk Ahrweiler, im Landgerichtsbezirk Koblenz, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Ahrweiler, versetzt worden; der Kreisrichter Toldorff in Graudenz ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Rosenberg in Westpreußen und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Rosenberg, ernannt worden; der Rechtsanwalt und Notar Justiz-Rath Mattern in Sorau ist unter Beilegung des Notariats für das Departement des Appellationsgerichts zu Magdeburg als Rechtsanwalt an das Stadt- und Kreisgericht in Magdeburg mit Anweisung seines Wohnsitzes dasselbe versetzt worden; der Rechtsanwalt und Notar Mensing in Ibbenbüren ist unter Beilegung des Notariats für das Departement des Appellationsgerichts zu Hamm als Rechtsanwalt an das Kreisgericht in Bochum mit Anweisung seines Wohnsitzes in Witten versetzt und der Kreisrichter v. Eicken in Bochum zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Dortmund und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Hamm mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schwerin ernannt worden.

Der Finanzminister in Aktion.

Neber allen Wipfeln — des preußischen Ministeriums ist nun. Der Premier, zu 1/100 Minister der auswärtigen Angelegenheiten Preußens, zu 99/100 Minister der auswärtigen Angelegenheiten des Nordbundes, liegt jetzt, wir wünschen ihm baldige Genesung, in Barzin und leidet, wie das allgem. deutsche Baden-Journal "der Sprudel" erfahren haben will, an Gallensteinen; der Minister des Innern, in seinen Geschäften eine große Bedächtigkeit liebend, welche man bei einem weniger exzellenten Manne vielleicht nicht so zart benennen würde, ruht auf den Vorbereren seines Kreisordnungsentwurfs aus; der Kultusminister kann sich jetzt, nachdem er unverletzt aus den Stirnen parlamentarischer Debatten hervorgegangen, ungefährt den Betrachtungen seiner Gesetzentwurfsmakulatur überlassen; der Handelsminister hat seinen Plan für die Umgestaltung der bestehenden und der Errichtung neuer Gewerbeschulen in Preußen veröffentlicht und wartet der Resultate; des landwirtschaftlichen Ministers Besuch ist immer noch nicht erweitert worden; und selbst der durch Reformen stark beschäftigte Justizminister genießt jetzt einiger Ruhe, — nur der Finanzminister hr. Camphausen ist, seit er — am 26. Oktober war es — das Defizit-Portefeuille übernommen hat, in fortwährender Thätigkeit.

Im Landtage: Reformprojekte, im Reichstage: Budget, Anleihen, Banknotengesetz u. c., und endlich im Zollparlament Tarifänderungen — dies und anderes ging aus dem Finanzministerium hervor oder passirte wenigstens sein Gebiet zum Zweck der Revision. Viel Arbeit! Und ob hr. Camphausen damit seine Stellung gesetzigt hal? Der neue Finanzier hat seit Übernahme der Geschäfte eine Menge Neuerungen vor uns ausgebreitet, die Jury der parlamentarischen Körperschaften hat bisher, wenn auch nicht allzu bereitwillig, siets ihre Zustimmung ertheilt, indessen über die Aufnahme im Publikum ist man noch sehr im Zweifel. Das erste Geschäft, mit welchem der Finanzminister den Laden eröffnete, war die Konsolidation gewisser preußischer Staatschulden, ob sie gelungen ist, wissen wir noch nicht.

Außerdem nehmen gegenwärtig zwei andere Geschäfte den Finanzminister in Anspruch: zunächst die Zolltarifveränderungen, welche bereits vielfach angegriffen werden, denn die Einem suchen darin vergeblich die großen Reformen, welche man erwartet hatte, die Anderen klagen, daß der Zoll für Rotheisen nicht als wegfällend bezeichnet und die Erhöhung des Zolls für Fabrikateisen nicht in Aussicht gestellt worden sei, obwohl von der Regierung selbst in der vorigen Tarifvorlage diese Maßregeln so warm vertheidigt worden waren. Die Süddeutschen verlangen Herabsetzung der Garngespinsten; die Kaffeetrinker polemisierten gegen die Erhöhung des Zolls für Mocha und seiner bösen Abarten. Et cetera.

Aus diesen Kämpfen mit Ehr' und Gold beladen hervorgehen, ist nicht leicht; indessen giebt es ein anderes Geschäft, durch dessen Vollbringung der Finanzminister sich bei allen Freunden des konstitutionellen Lebens Anerkennung verdienen könnte. Wir meinen die Aufhebung Seehandlung. Gerade jetzt verlautet aber, daß hr. Camphausen damit umgehe, seinen Nachfolger d. h. einen Präsidenten des Instituts zu berufen. Diese Nachricht trägt selbstverständlich nicht dazu bei, in parlamentarischen Kreisen die Beliebtheit des Finanzministers zu erhöhen.

Zolltarif, Seehandlung und — aller guten Dinge sind drei — Konsolidation heißen die drei Sphären, welche Herrn Camphausen jetzt Rätsel aufgeben. Am schwierigsten von allen macht sich die Dritte, sie wird wahrscheinlich entscheidend auf das Schicksal des jüngsten preuß. Ministers wirken.

Am 23. d. M. hat die Zahlung einer Prämie für den Umtausch alter Staatschuld-Obligationen gegen Stück der zu konsolidirenden Schuld aufgehört. Der erste Akt der Konsolidation ist damit geschlossen, und wir erwarten im "Staats-Anzeiger" die Zwischenakts-Ansprache — Parabase würden die klassischen Griechen sagen — um aus der Höhe der vollzogenen Umwandlung bemessen zu können, ob das Werk Aussicht auf Gelingen hat. Und wenns gelingt, so ist's gesühnt."

Die Nachrichten, welche über das Fortschreiten der Konsolidation in die Öffentlichkeit gelangten, lauten allerdings nicht günstig. Iwar brachte die "Nordd. Allg. Z." bereits am 12. d. M. die siegesfrohe Kunde, daß bereits 26 Millionen zur Umwandlung eingegangen seien, allein von anderer Seite wurde der Kommentar dazu gefestigt, daß darunter nicht allein die unter Sequester stehende Abfindung für den Erlöse von Hannover — im Betrage von 16 Millionen — sondern auch 4—5 Millionen sich befinden, welches aus den Depositen der Staatsbehörden und den Kautioenen der Beamten u. entnommen sind. Die unabhängigen Staatsgläubiger hätten demnach in einem vierwöchentlichen Zeitraum — vom 14. März bis 12 April — nur in Höhe von 5—6 Millionen konsolidirt gehabt. Nun sind aber im Ganzen ca. 223,436,175 Thlr. alter Schuld in Rentenschuld umzuwandeln, vorerst freilich nur etwa 180 Millionen, denn drei Anleihen (von 1856, 1867 C und 1868 A) in Höhe von ca. 45 Millionen sind einstweilen vom Umtausch noch ausgenommen; da die Zins- und Tilgungsstermine dieser Anleihen nicht wie die der anderen am 1. April und 1. Oktober fallen, sondern am 1. Juli und 2. Januar, so wird deren Konsolidation wahrscheinlich zur Zeit der nächsten Coupoineinlösung also im Juni und Juli angeordnet werden.

In den letzten Tagen bis zum 23. April sollen nun noch bedeutende Summen umgetauscht worden sein, so daß sich die Hoffnung der Regierung, es werde eine genügende Anzahl von Stücken alter Anleihe vorhanden sein, um daraus das jährliche Tilgungsquantum zu beziehen, und es werden die Staatsgläubiger sich sogar veranlaßt fühlen, jetzt ohne Prämie umzutauschen, vielleicht erfüllen könnte. Warten wir indessen den Menschenheitsbericht ab! So befriedigend wird er wahrscheinlich nicht ausfallen, daß man dem Finanzminister den Trost zurufen könnte: Warte nur, bald ruhest auch Du!

Deutschland.

△ Berlin, 27. April. Der "Flensb. Nordd. Ztg.", welche vor Kurzem gefaßt, daß Preußen und Österreich über die Ausführung des Artikels 5 des prager Friedens Verhandlungen begonnen, enthält jetzt die Nachricht, daß die preußische Regierung die Absicht habe, die nord-schleswigsche Frage in nächster Zeit zum Austrage zu bringen, und andere Blätter wiederholen trotz des erfolgten Dementis von Berlin aus, dem ein solches von Wien zur Seite stand, die frühere Nachricht in etwas anderer Form. Läßt zuverlässigster Quelle versichert werden, daß an allen diesen Berichten nicht ein wahres Wort ist. — Die "Prov. Corr." bestätigt heute meine Mittheilungen über das Bestehen des Grafen Bismarck. Wenn derselbe indeß wirklich noch bis Ende nächster Woche in Barzin verweilen wird, so wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine Theilnahme des Bundeskanzlers an den Arbeiten des Zollparlaments nicht zu rechnen sein. — Der Ausdruck des Bundesrats für Zoll- und Steuerwesen hat einen Bericht erstattet, in Betreff der Aufnahme von Branntwein, für welchen Steuervergütung gewährt wird, auf öffentlichen Niederlagen. Der Antrag des Ausschusses geht dahin, der Bundesrat wolle beschließen, daß die Gewährung der Steuervergütung für Branntwein, welcher in öffentlichen Niederlagen aufgenommen wird, keinen Anstand habe, daß jedoch den Regierungen anzuempfehlen sei, bei der Rücknahme des Branntweins von den Niederlagen, falls derselbe nicht in den freien Verkehr des ganzen Zollvereins zu treten habe, nicht die Eingangsabgaben, sondern die Übergangsabgaben erheben zu lassen. — Die Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr haben beantragt, der Bundesrat des Zollvereins wolle zu der Herausgabe eines 5. Bandes der Verträge und Verhandlungen über die Bildung und Ausführung des deutschen Zoll- und Handelsvereins seine Zustimmung ertheilen. — Schon früher ist berichtet worden, daß sich ein Theil der Grubenarbeiter, welche sich dem Strike in Waldenburg angeschlossen hatten, nach den westfälischen Grubenbezirken u. a. nach dem Regierungsbezirk Arnsberg begeben hatte. Die meisten haben dort auch Arbeit gefunden und man ist mit ihren Leistungen wohl zufrieden, doch nur einige haben sich dort dauernd niedergelassen und ihre Familie aus Schlesien herübergezogen. Der größere Theil schenkt sich jedoch nach der Heimat zurück und hat bereits Vorkehrungen getroffen, nach Schlesien zurückzukehren. — In Bezug auf die Eisenindustrie lauten alle Nachrichten aus den beteiligten Gegenden fortwährend günstig. Die Eisenhütten sind so mit Aufträgen überhäuft, daß sie den Bestellungen nicht genügen können, — dagegen wird in Berichten aus den Provinzen vielfach darüber Klage geführt, daß die Landwirtschaft unter dem Druck leidet, welchen der Import australischer und südamerikanischer Wollen auf die Wollpreise übt. Infolge dessen werden auf vielen großen Wirtschaften die Schäfereien sehr reduziert, während die kleineren auf die Schafzucht ganz verzichten. — Die deutsche Gesellschaft des Kunstmuseums und der Bibliothek in Melbourne hatte sich von König Wilhelm sein Bildnis erbettet und solches auch erhalten. Am 8. Januar d. J. hat nun in Gegenwart der Kuratoren jenes Instituts die feierliche Aufstellung des Bildes in dem Bibliotheksgebäude zu Melbourne stattgefunden.

○ Berlin, 27. April. Die kürzlich angekündigte Abfördung eines Bundeskommissars nach Rudolstadt, um die

Insolvenzangelegenheit zu untersuchen, wird jetzt abermals in Abrede gestellt, obwohl die betreffende Persönlichkeit schon bestimmt gewesen sein soll. Es scheint demnach, daß man die ganze Angelegenheit möglichst ohne Aufsehen durch gütliches Zureden beilegen möchte — jedenfalls vor der Hand das richtigste und ratschlichste Verfahren, wenn auch der Erfolg dahin gestellt bleibt muß. — Die Mittheilungen der offiziellen Berichterstatter über die Stellung Preußens zu der Konzilsangelegenheit, resp. zu der dieselbe behandelnden französischen Depesche lassen erkennen, daß ein gewisses Schwanken in Betreff des Grades der Unterstüzung, zu der die preußische Regierung sich bereits erklärt hat, eingetreten ist und daß man schließlich das Auskunftsmitteil ergriffen hat, die Unterstüzung einstweilen in suspenso zu lassen. Nach der "Köln. Ztg.", die indessen durch die "Prov. Corr." widerlegt wird, würde die Unterstüzung sogar erst den weiteren noch zu erwartenden, wahrscheinlich aber, wie sich die preußische Diplomatie selbst berechnen kann, gar nicht eintretenden Schritten des Hrn. v. Banneville vorbehalten geblieben sein. Es hängt dies offenbar zusammen mit der Abneigung, mit der man hier von vornherein an die diplomatische Behandlung dieser Angelegenheit herangetreten ist. Graf Bismarck hatte sich gesprächsweise dahin geäußert, daß Preußen in der Konzilsfrage seine Schuldigkeit nicht verabsäume, wenn es auch als wesentlich protestantischer Staat einen guten Schritt hinter den katholischen Mächten zurückbleibe. Mit dieser Auffassung soll auch der König ganz übereinstimmt haben. Erst in Folge des lebhaften Wunsches der französischen Minister, daß die Übereinstimmung der Mächte mit der damals erst beabsichtigten französischen Depesche kundgegeben werde, entschloß man sich auch hier die Bereitwilligkeit diesem Wunsche zu wünschen zu erkennen zu geben. Schon durch den Rücktritt Darus geriet aber die Sache einigermaßen ins Schwanken und ich erlaube mir schon vor 8 Tagen die Vermuthung auszusprechen, daß die preußische Regierung, weil sie dem ganzen Vorgehen im Grunde ohnehin wenig geneigt sei, sich jedenfalls nach Eintritt des französischen Ministerwechsels mit der Realisirung ihrer Unterstüzungszusage nicht überreichen werde. Die Sachlage, wie sie jetzt von offizieller Seite als tatsächlich angegeben wird, scheint diese Vermuthung zu bestätigen. Nebrings ist auch die französische Regierung offenbar weit entfernt davon den ersten Worten ihrer Depesche den Ernst der Thatachen an die Seite zu setzen. — Die Fraktion der National-liberalen hat sich kürzlich mit dem in der letzten Sitzung des Reichstags bekanntlich nicht zur Verhandlung gekommenen Braunschweigischen Gesetzentwurf in Betreff der Prämieneinleihen beschäftigt. Es war so wenig Stimmung für denselben, daß der selbe heimlich einstimmig abgelehnt wurde. Im Reichstag wird der Gegenstand vermutlich unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt des Hauses der ersten Berathung unterliegen und dann zusammen mit dem konservativen Gegengesetzentwurf an eine Kommission verwiesen werden.

○ Berlin, 27. April. [Die Marine des Norddeutschen Bundes.] Die von verschiedenen Seiten angeregte Frage, ob und inwiefern die Jahrestckredite der Marine-Anleihe seitens der Regierung nicht eingehalten und überschritten worden sind, mag bei einer Übertragung in den Reichsrath so oder so entschieden werden, darüber aber kann unmöglich noch ein Zweifel stattfinden, und das kann durch ein einfaches Rechencempel bewiesen werden, daß der Betrag dieser Anleihe nicht entfernt genug ist, den gleichzeitig aufgestellten Flottengründungsplan zu verwirklichen. Es trifft jedoch jedoch die Regierung keine Schuld, sondern der Unschuld hierzu beruht einfach in dem Umstände, daß bei der rapiden Fortentwicklung der die Marine betreffenden Fragen, und darunter vorzugsweise die Panzer- und Geschützfrage, die Auflistung irgend einer auch nur annähernd bestimmten Berechnung des Kostenpunktes eines Flottengründungsplans oder überhaupt eines Marinenebens für den Moment und sicher noch auf eine Reihe von Jahren hinaus gradezu als eine Unmöglichkeit erkannt werden muß. Es bedarf zum Belege dessen nur eines Hinweises auf die Fortschritte der Technik in den hervorgehobenen beiden Fragen und die dadurch gesteigerten Wertbestimmungen. Bei Auflistung des letzten Flottengründungsplans galt eine fünfzählige Panzerflotte noch als allen an die Panzerung gestellten Anforderungen entsprechend, während der 200 Pfunder, oder nach der offiziellen preußisch-norddeutschen Benennung, der 72 Pfunder als Artillerie-Ausrüstung auch für die stärksten Panzer-Schiffe als vollkommen genügend erachtet wurde. Die Kosten für ein Panzerschiff ersten Ranges waren dem entsprechend etwa mit 1.900.000 Thlr.; die eines mehr für den Küstendienst bestimmten Panzer-Fahrzeugs etwa rund auf 600.000 Thlr. angenommen worden. Die artilleristischen Fortschritte in den wenigen Jahren bisher bedingen jedoch, daß selbst eine acht- und neunzählige Panzerung nicht mehr als ein genügender Schutz betrachtet werden kann, und deshalb England bei den nächsten Panzerschiffsbauten schon bis zu einer 12 und 14zähligen Panzerung vorausstreiten im Begriff steht, während die Artillerieausrüstung sich von dem 72 Pfunder oder dem achtzähligen Geschütz bereits bis zum zehn- und elfzähligen Geschütz oder dem 400 und 450 Pfunder gestiegen hat. In England beabsichtigt man sogar ein zwölf- und dreizehnzähliges Geschütz für die Schiffssammlung in Gebrauch zu ziehen, und nach der einen wie nach der anderen Beziehung darf unbedingt ein Abschluß noch keinesfalls als erreicht angesehen werden. Der König "Wilhelm" aber mit seiner achtzähligen Panzerung und seiner Ausrüstung von neunzähligen Geschützen hat sich, nach den offiziellen Ausweisungen auf 3.710.000 Thlr. herausgestellt, und jene frühere Vorannahme also um pro 1.800.000 Thlr. überstiegen. Auch für die in

*). Dieselbe schreibt nämlich: "Das Konzil zu Rom hat sich in letzter Zeit mit denjenigen Fragen beschäftigt, welche die staatliche und bürgerliche Ordnung und die Beziehungen zwischen Staat und Kirche betreffen. Durch die lebhaften Besorgnisse, welche sich an die in dieser Beziehung vorbereiteten Beschlüsse des Konzils knüpfen, hat die französische Regierung sich verpflichtet gefunden, bei dem Papst erste Vorstellungen gegen die Annahme von Grundsätzen zu erheben, welche mit den Staatsgesetzen im Widerspruch stehen würden. Diese ebenso ernsten und entschiedenen, wie rücksichtsvollen Vorstellungen sind durch den französischen Gesandten dem Papst persönlich überreicht worden. Die Vertreter der übrigen Mächte beim päpstlichen Stuhle dürfen größeren Theils demnächst die Vorstellungen der französischen Regierung unterstützen.

Bau genommenen oder doch für die Inbaunaahme bestimmten beiden Panzerfregatten „Großer Kurfürst“ und „König Friedrich II.“ steht jedoch das gleiche oder mindestens doch ein ganz ähnliches Ergebnis um so bestimmter zu erwarten, als für die Ausführung derselben nicht nur eine achtjährige, oder nach andern Nachrichten sogar eine zehnjährige Panzerung ins Auge gefaßt ist, sondern zugleich die Konstruktion dieser Fahrzeuge auch als Thurmsschiffe erfolgen soll, für welche sich mindestens in England der Kostenpunkt beträchtlich höher als für die Breitseitenschiffe herausgestellt hat. Die schon im Bau begriffene „Hansa“, welche als Panzer-Korvette von mittleren Dimensionen sich in Hinsicht des Kostenpunkts annähernd auf den Stand der Panzer-Fahrzeuge stellen müßte, dürfte bei achtjähriger Panzerung und einer Ausstattung mit acht gehäuslichen Geschützen wahrscheinlich nicht minder in der wirklich für sie erforderlichen Ausführungsumme wenig hinter der ursprünglich für die Panzerfregatten normirten Preisbestimmung zurückbleiben. Es steht somit für diese drei Panzerschiffsbauten eine Gesamtausgabe von nahe an 9 Millionen zu erwarten, wenn schließlich dieser Betrag nicht noch überschritten werden dürfte. Zur vollen Ausführung des Flottengründungsplans bleibten demnach noch 5 Panzerfregatten, oder die „Hansa“ als Schiff der Schlachtenflotte gerechnet und den Bau nach einer solchen Korvette angenommen, 3 Panzerfregatten und eine Panzerkorvette, wie 8 Panzerfahrzeuge zu bauen, wovon jene zusammen keinesfalls unter 11, und diese bei den jetzigen Anforderungen sicher nicht unter 8 Millionen ausgeführt werden können. Das gesammt würden sich demnach noch für die Aufstellung einer Panzerflotte von 10 Schlachtschiffen und eben so vielen Panzerfahrzeugen 28 Mill. als nothwendig erweisen, während nach dem früheren Kostenantrag für die Herstellung dieser sämtlichen Schiffe nur 19 und 6, oder zusammen 25 Millionen erforderlich gewesen sein würden. Von der Marineanleihe hingen werden bis Ende 1871 13,592,548 Thaler verbraucht sein, so daß sich mit diesem Termine also von derselben nur noch 3,507,452 Thaler disponibel befinden. Es stellt sich dadurch das Bedarfserforderniß freilich wesentlich anders, daß durch den Flottengründungsplan von 1865 für die Zwecke derselben im Ordinariuim ein Jahresbetrag von 5 Millionen in Aussicht genommen worden ist. Wenn einerseits aber so das wirkliche Mehrerforderniß auch noch nicht annähernd zu bestimmen bleibt, so treten andrerseits zu den Anforderungen für die Schiffsbauten noch die für die Häfenbauten wie die vielfachen anderweitigen unabsehbaren Marineansprüche, und liegt es auf der flachen Hand, daß zur Befriedigung all dieser Ansprüche der von 1872 ab nur noch vorhandene Gesamtzufluß von drei und einer halben Million unmöglich zu genügen vermag. Das Gleiche darf wohl im Voraus auch von den für die Küstenbefestigung bewilligten 3½ Millionen angenommen werden. Es läßt sich darin aber schlechterdings nichts andern, wosfern Norddeutschland nicht überhaupt von dem Gedanken sich eine Seemacht zu gründen abstellen will. Die Nation ist mit dieser Absicht eben in ein Unternehmen eingetreten, dessen Kostenpunkt sich noch nicht abschätzen läßt, und alle etwa neu aufgestellten Berechnungen werden gegenüber der totalen Umwölbung, in welcher sich zur Zeit nahezu alle Marinebezüglichkeiten befinden, schließlich immer nur dasselbe irrtümliche Fazit ergeben, was für die früheren hierauf abziehenden Versuche bereits als konstatirt angenommen werden kann.

Dem Zollparlament ist für morgen ein freier Tag geäffen, um den beiden freien Kommissionen Gelegenheit zu einer Durchberatung der Tarifnovelle zu geben. Die Aussichten für die Annahme derselben sind noch zweifelhaft; sicher dagegen ist, wie man uns schreibt, bereits anzunehmen, daß die Vorlage wegen Besteuerung des Stärkezyrups im Zollparlament nicht die Majorität finden wird.

— Neben die heutige Plenarsitzung des Bundesrats des Zollvereins wird uns geschrieben:

Der Bundesrat des Zollvereins hielt heute Morgen um 10 Uhr unter dem Vorsitz des Staatsministers Delbrück in dem ihm überwiesenen Saale eine Plenarsitzung. Nach den einleitenden Geschäften debattirte man über den Ausschußbericht, betr. den Gesetzentwurf wegen Besteuerung des Stärkezyrups und Stärkezuckers, sowie über den von dem zweiten Ausschuß erstellten Bericht wegen des Handelsvertrags mit der Regierung der hawaiischen Inseln. Beide Entwürfe wurden nach den Ausschüßberichten und Anträgen angenommen, so daß sie sofort an das Zollparlament gelangen könnten. Durch mündlichen Bericht wurde noch die Präsidialvorlage, betr. die Erhöhung der preuß. Zollzölle und das Gehalt für einen dritten Provinzial-Steuersekretär in Glückstadt erledigt. Dem Bundesrat des Nord. Bundes ist von dem Präsidium der unter dem 7. J. 1873 April d. J. unterzeichnete Additional-Postvertrag des Nord. Bundes und der Vereinigten Staaten von Amerika zu dem bereit für die Verbesserung des Postdienstes zwischen den beiden Ländern unter dem 21. Okt. 1867 abgeschlossenen Vertrag zugegangen. Der Vertrag, der 5 Artikel umfaßt, ist am 7. d. Mts. zu Washington, unter 23. d. M. hier ausgesertigt worden. Unterzeichnet ist der Vertrag mit den Namen v. Philippssen und Creswell. Art. I. bestimmt, der einfache Briefporto sei bei dem direkten Austausch von Bremen oder Hamburg soll betragen 1) für Briefe aus dem nördl. Bundesgebiete a) bei Vorausbezahlung in Deutschland 3 Sgr., b) bei Bezahlung in den Vereinigten Staaten 14 Cents; 2) für Briefe aus den Vereinigten Staaten: a) bei der Vorausbezahlung in Amerika 7 Cts., b) bei der Bezahlung in Deutschland 6 Sgr.; ferner in direktem Austausch bei geschlossenem Transit in England: für Briefe aus dem Nordbund bei Frankfurter in Deutschland 4 Sgr., bei Bezahlung in den Vereinigten Staaten 20 Cents. Für Briefe aus den Vereinigten Staaten bei Frankfurter in Amerika 10 Cents, bei Bezahlung in Deutschland 8 Sgr. Art. II. bestimmt: unzureichend frankierte Briefe werden mit dem Porto für unfrankierte Briefe nach Abzug des vorausbezahlten Betrages belegt. Nach Art. III.

Bur Theaterfrage in Posen.

Die städtischen Behörden werden angefischt der bevorstehenden Lösung des Pachtverhältnisses in Betreff unserer Stadttheater demnächst zu entscheiden haben, wem die Leitung des Stadttheaters anzuvertrauen sei. Diese, unseres Erachtens sehr gewichtige Kommunalfrage erhält, da sie mit der Agitation zusammentrifft, in Posen ein polnisches Theater zu begründen, noch eine gewisse politische Bedeutung; denn aus den Forderungen zu schließen, welche von einzelnen polnischen Stimmen aufgestellt wurden, dürfte auch die Frage zur Debatte kommen, ob das kommunale und deutsche Interesse gestatte, zur Pacht resp. Leitung des Theaters auch einen polnischen Unternehmer zuzulassen, derart, daß zwei Direktoren, ein deutscher und ein polnischer, das Theater in Pacht erhielten und mit ihren Vorstellungen abwechselten.

Es ist immer eine mißliche Sache, — und unseres Erachtens liegt hierin der einzige entschuldbare Grund, daß man nicht in Bezirkvereinen oder freien Versammlungen diese und andere Kommunal-Angelegenheiten einer Vorberatung unterzieht, — öffentlich Dinge zu diskutiren, welche, wenn auch nur mit einem Rückenfuß an das deutsch-polnische Parteidiebiet stoßen. Bei solchen Fragen pflegt das mitunterlaufende und eigentlich überwiegende kommunale, wirtschaftliche oder ideelle Interesse weit in den Hintergrund gedrangt zu werden; denn die Freunde der „polnischen Solidarität“ verleiten uns gewöhnlich, mit ihnen um die nationale Rosine auf dem Kuchen zu kämpfen, wobei dann meistens das Gebäck selbst zerstreut wird. Wenn der „Dienst“ sich diesmal mit wenigen Trompetentönen begnügt hat, so scheint uns der Grund dieser Zurückhaltung in dem Gerüchte zu liegen, daß Magistrat geneigt sei, bei Verpachtung des Theaters den Polen gleiche Rechte mit den Deutschen einzuräumen.

Wir wollen trotz alledem die Theaterfrage vom rein kommunalen Standpunkt aus betrachten, und da wüssten wir nicht,

genießen Zeitungen, andere Drucksachen und Waarenproben ferner ein ermäßiges Porto, müssen aber vollständig bis zum Bestimmungsorte oder bis dahin, wo Frankfurter möglich ist, frankt sein. Art. IV. enthält die Bestimmung über die Feststellung und Theilung des gemeinschaftlichen Portos. Nach Art. V. endlich tritt der Additionalvertrag mit dem 1. Juli d. J. in Wirksamkeit und in gleicher Dauer mit dem Vertrage vom 21. Oktober 1867. Der Vertrag ist eine kurze Denkschrift beigegeben, welche darlegt, wie die Ermäßigung der Vergütungen an die Dampfschiff-Unternehmungen für den Brieftransport zwischen England und den Vereinigten Staaten eine Ermäßigung der Auslagen im Gefolge hatte, welche für den Transport der geschlossenen Posten zwischen dem Norddeutschen Bunde und den Vereinigten Staaten nötig waren, und daß auf diese Weise die Reduktion des Portogesetzes zum Vortheil für den Verkehr entstanden sei. Es wird herorgehoben, daß sowohl der Norddeutsche Lloyd als auch die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Altiengesellschaft zu Hamburg der norddeutschen Postverwaltung bereitwillig entgegen kam. Das Zuschlagsporto für unfrankierte Briefe wird als ein Mittel gegen das Anwachsen der Retournierungen gerafft. — Die Theilung des Gelämmertos soll künftig halbschädlich erfolgen, während bisher die Zuschlagsgebühr für unfrankierte Briefe stets dem Bestimmungslande aufzum. Eventuell werden die anderen Bestimmungen des Vertrages kurz gerechtfertigt und wird darauf hingewiesen, daß die gesamten Verabredungen darauf berechnet seien, die Bedingungen und Formen des gegenseitigen Austausches, der zum Theil durch ambulante Postbüros vermittelt wird, so zu vereinfachen, daß auch bei der zu erwartenden großen Zunahme des Verkehrs die Ordnung in den für den Expeditionsdienst sich darbietenden kurzen Fristen aufrecht erhalten werden kann. — Auch diese Angelegenheit wird noch durch den Reichstag erledigt werden.

— Der Großherzog von Hessen ist gestern Abend 9 Uhr in Begleitung des General-Adjutanten von Trotha, des Oberstallmeisters Fr. v. der Capellen, der Flügel-Adjutanten v. Küchler und v. Herff von Darmstadt hier eingetroffen und im l. Schlosse abgestiegen. Bei der Ankunft auf dem Anhaltischen Bahnhofe wurde der Großherzog vom Könige, dem Prinzen Karl, sowie von der hessischen Gesandtschaft und den zur Zeit hier anwesenden hessischen Offizieren empfangen. Zur Dienstleistung bei dem Großherzoge während der Anwesenheit am hiesigen l. Hofe sind der Kommandeur der Garde-Art.-Brig. Generalmajor Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen und der Kommandeur des 2. Garde-Ulanen-Regtms. Oberst Prinz Heinrich von Hessen und bei Rhein kommandiert, welche demselben gestern Mittag bis Jüterbog entgegenreisten. (Der Großherzog wird bis zum Sonntag den 1. Mai hier verweilen, um an diesem Tage noch der Parade in Potsdam beizuwollen.

— Wie verlautet, sagt die „Kreuztg.“ wird binnen Kurzem auch der König von Bayern am hiesigen königl. Hofslager einen Besuch abstatten.

— Der preußischen Armee gehörten am Schluss des vorigen Jahres zusammen 3283 pensionirte Offiziere an. Darunter befanden sich: 26 Generale, 148 General-Lieutenants, 199 Generalmajore, 434 Obersten, 648 Oberstlieutenants, 1413 Majore, 967 Hauptleute und Rittmeister und 748 Premier- und Sekondelieutenants. Hierfür wurden an Pensionen gezahlt zusammen 3,435,563 Thlr.

— Die chinesische Gesandtschaft hat mit Mr. Brown, dem jetzigen Chef derselben schon am Sonntag Abend unsere Stadt wieder verlassen und sich mit der Magdeburger Bahn über Köln nach Brüssel begeben. Ihm hiesiger Aufenthalt hatte keinen politischen Zweck, sondern geschah nur, um den Mitgliedern der Gesandtschaft von der anstrengenden Fahrt von Petersburg einige Ruhe zu gewähren. Wie die „Post“ hört, hat sich der Depeschenverkehr zwischen China und Russland in letzter Zeit wieder freundlicher gestaltet, so daß die Verhandlungen über die Grenzregulirung angeleget werden, welche nunmehr zwischen beiden Regierungen direkt gepflogen werden, Aussicht auf Realisirung haben.

— Die Provinzial- und Kommunal-Landtage werden, insoweit ein Bedürfnis zu ihrer Verufung vorliegt, theils noch im Frühjahr, theils im Herbst versammelt werden. Der Kommunallandtag für den Regierungsbezirk Wiesbaden und der Provinziallandtag für Preußen werden wahrscheinlich unmittelbar nach Beendigung der gegenwärtigen parlamentarischen Sessonen zur Erledigung dringender Geschäfte einberufen werden.

— Die „Prov.-Korr.“ läßt sich über die Aufgaben des Zollparlaments aus, und bemerkt:

Bei der Verbesserung der Zollgesetzgebung in ihrem Zusammenhange mit der übrigen Steuergesetzgebung handelt es sich wesentlich um die Aufgabe, die für den öffentlichen Haushalt unerlässlichen Mittel in immer schrändernder Weise für die Steuerzahler, mit immer größerer Rücksicht-

nahme auf die Entwicklung des allgemeinen Verkehrs und der allgemeinen Wohlfahrt auszubringen. Hierzu soll auch die gegenwärtige Tarifvorlage ein neuer Schritt sein, und die Verständigung über dieselbe wird ein weiteres Vorgehen zu jenem Ziel wesentlich erleichtern.

— Bei dem Kammergericht soll nach der „Sp. Big.“ ein so fühlbarer Mangel an Arbeitskräften eingetreten sein, daß der Präsident eine erhebliche Vermehrung der Richterstellen höheren Orts beantragt hat. Wie das dafelde Blatt vermitteilt, wird binnen Kurzem wiederum ein Theil des norddeutschen Civilprozeßordnungs-Entwurfs, die Exekutionslehre enthalten, der Öffentlichkeit übergeben werden.

— Am Montag war von dem Direktor des hiesigen Vermundschafsgerichts eine Plenarsitzung des Kollegiums anberaumt, in welcher der Entwurf der neuen Vermundschafsgesetz-Ordnung berathen wurde, der auch der Stadtgerichtspräsident Krüger bewohnte. Wie hiesige Blätter hören, soll die Annahme des Entwurfs von dieser, der größten Vermundschafsgesellschaft im Staate, zu Annahme empfohlen sein.

— In Abgeordnetentreffen wird von einem Ausfluge des Zollparlaments nach Bremen oder Dresden gesprochen, welcher nach Beendigung der Session stattfinden sollte. Die Bayern werden kaum daran Theil nehmen können, weil sie wichtige Landtagsarbeiten erwarten. Mehrere ihrer Landtagessmitglieder, die in den heimatlichen Kommissionen beschäftigt sind, können sich im Zollparlament nur an den Schlusstimmen über die Tarifreformen beteiligen.

— Aus Hannover kommt die unglaubliche Nachricht, daß die Regierung sich gesonnen zeige, bei den nächsten Wahlen die — Partikularisten zu unterstützen, um den nationalliberalen Kandidaten zu schaden.

— Die fünfte Delegiertenkonferenz von Handelsplänen Norddeutscher Seegegenden, auf welcher die Kaufmannschaften von Memel, Tilsit, Königsberg, Elbing, Danzig, Thorn, Stolp, Colberg, Stettin, Wolgast, Greifswald, Stralsund, Rostock, der allgemeine Mecklenburgische Handelsverein, Lübeck, Kiel, Schleswig, Harburg und Bremen vertreten waren, fordert das Zollparlament in einer an derselbe gerichteten Petition auf, selbst die Initiative zu einer gründlichen Reform des Vereinszolltarifs zu ergreifen. Sie verlangt insbesondere Reform der Eisengölle, Aufhebung des Aufzugszolls für Lumpen, sowie der Einfuhrzölle von Drogierie-, Apotheker- und Farbwaren erklärt sich dagegen für Erhöhung des Kaffeezolls umgekehrt, aber gegen die neue Steuer auf Stärkezucker und Stärkesyrup.

— Nach heute eingetroffenen Nachrichten aus London sind die Brandbeschädigungen, welche Professor Gneist an Händen und Füßen in jener unglücklichen Nacht davongetragen hat, bei weitem bedeutender als man zuerst vermutete. Trotz der großen Schmerzen und des schwierigen Verbandes, dessen Anlegung täglich anderthalb Stunden erfordert, ist doch eine eigentliche Bebensgefahr nicht vorhanden gewesen; die Genesung und die Rückkehr nach Berlin aber durchaus nicht, wie es hieß, in kurzer Zeit, sondern erst nach Wochen zu erwarten.

— In dem Befinden des Fr. v. d. Heydt ist, wie man hört, eine entschiedene Besserung eingetreten.

— Der Centralausschuß der Friedensliga zu Genf wird am 15. Mai um 9 Uhr des Morgens (quai du Mont-Blanc, 7, in Genf) eine außerordentliche Sitzung halten, um den Zeitpunkt, den Sitz und das Programm des vierten Kongresses der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga festzusetzen. Der Präsident der Liga, Jules Barni, erinnert in den „Vereinigten Staaten von Europa“ die korrespondierenden Mitglieder, daß sie auch das Recht haben gegenwärtig zu sein, und lädt diejenigen ein, die nicht kommen könnten, die Vorschläge zu schicken, die sie für ratsam halten.

Niels, 27. April. Sr. Maj. Kanonenboot „Delphin“ ist gestern von Syra in Korfu angelkommen.

Welsungen (Pr. Hessen), 25. April. Heute begab sich eine Deputation der hiesigen Bürgerschaft auf die Steuerkasse und bezahlte die Strafe von 40 Thlr. nebst den Executionosten, mit welcher das fasslere Konstituion den Metropolitan Bilmar wegen Abhaltung von Bibelstunden belegt hatte. Dabei überreichten sie einen schriftlichen Protest gegen dieses Verfahren des Konstituions, indem sie sich mit der Handlungweise des Metropolitans Bilmar in allen Städten vollständig einverstanden erklären und als Grund ihres Eintrittens angeben, daß sie ihre Gemeinde nach dem großen Bergernß, welches für diese in den letzten Tagen durch die gegen ihren Pfarrer vorgenommene Egelution angerichtet sei, vor dem noch weit größeren Bergernß bewahren wollten, daß die Möbel ihres Pfarrers aus seiner Wohnung geschafft und zum öffentlichen Ausgebot gebracht würden.

Oesterreich.

Wien, 27. April. (Tel.) Die Königin von Belgien ist heute in Wien eingetroffen und wurde am Bahnhofe vom Kaiser empfangen.

Pest, 27. April. (Tel.) Das heutige „Amtsblatt“ veröffentlicht ein königl. Handschreiben, durch welches Graf Mito seines Amtes als Kommunikationsminister enthoben und der Handelsminister v. Gorove zum provisorischen Leiter des Kommunikationsministeriums ernannt wird.

Schweden.

Aus der Schweiz, 24. April. Dem Bernchen nach hat die italienische Regierung dem Bundesrat den Vorschlag gemacht, den Termin für Aufbringung der 85 Mill. Gotthardbahn-Subvention à fonds perdu auf weitere drei Monate zu verlängern, also bis zum 31. Juli. Wie be-

pächer gute Geschäfte gemacht haben. In früheren Jahren war das Publikum eben noch leichter zu befriedigen, als heut, man reiste nicht so viel und hatte nicht schon „Alles besser gesehen“, und endlich gab es in früheren Jahren keine Theaterfreiheit. Die durch die neue Gewerbeordnung erfolgte Abschaffung der Beschränkungen für Theaterbegründer hat zwar bis jetzt hier noch nicht wie in anderen Städten eine Vernehrung der Bühnen zur Folge gehabt, indessen sie äußerte ihre schlimme Wirkung bereits durch ein erhöhtes Bedürfnis nach Bühnenkräften und dem konsequent in einer Steigerung der Künstlergagen. Dazu wird nun noch eine erhöhte Konkurrenz kommen.

Denn nicht nur soll im Volksgarten, allerdings für das niedrigste Genre dramatischer Vorstellungen, welches aber doch gerade oft am meisten „zählt“, eine dritte Bühne entstehen, auch das Saisontheater wird, da der Leiter desselben nicht mehr zugleich Leiter des Stadttheaters ist und daher nicht nur keine Rücksicht auf das Gediehen des Stadttheaters zu nehmen braucht, sondern ihm auch die Beihilfe entzieht, welche das Saisontheater sonst dem Stadttheater durch die Vereinigung in einer Hand gewährt, noch schärfster in den Wettstreit um die Gunst des Publikums eingreifen als früher. Wir werden im Volksgarten und im Saisontheater wöchentlich bis 14 deutsche Vorstellungen haben, wie kann man glauben, daß daneben eine rein deutsche Stadttheater, welche bessere Kräfte besitzen und höhere Preise fordern muß, noch „Geschäfte machen“ kann.

Ginzelne Stimmen meinen, die Kommune müsse dem Direktor die Bühne nebst allem, was dazu gehört, ohne Entgeld überlassen und wo möglich ihm noch eine Beihilfe gewähren. Wir bedauern nur, daß diese Meinung gar so wenig verbreitet ist. Rudolf Gottschall in seinen Aufsätzen über das deutsche Theater, Otto Banck in seinen „Kritischen Wanderungen“ und andere dramaturgische Schriftsteller haben es längst nachgewiesen, daß eine deutsche Bühne sich nicht auf der würdigen Höhe eines Tempels der Musen“ halten könne, ohne daß sie vom Staate (oder — wie es in Residenzstädten geschieht — vom Hofe) oder

kannt, ist in Art. 21 des zwischen der Schweiz und Italien abgeschlossenen Spezialvertrages festgestellt, daß derselbe nur dann exekutorische Kraft haben soll, wenn diese Summe vom 1. November 1869 bis 1. Mai 1870 aufgebracht sein würde. Daß der Bundesrat den Vorschlag der italienischen Regierung annimmt, ist selbstverständlich. — Die von der Volksversammlung in Langenthal hinsichtlich des Kongils und der Jesuiten gefassten Beschlüsse nebst der Adresse an den Bundesrat sind dem politischen Departement zur Behandlung und Antragstellung überwiesen worden. — Der „Confédéré“ erklärt die Meldung des „Chroniqueur“, daß die von Vater Beck in Bulle begonnene Jesuitenmission auf den Befehl des Bundesrates eingestellt worden sei, für unrichtig. Die bündesrätliche Weisung sei bis jetzt gar nicht zur Ausführung gekommen. Beck fahre fort, in Bulle zu predigen, und ebenso liegen sich in Guyere die Väter Rosier und Tinguely in ihrer Mission nicht versöhnen. — In Freiburg versucht man alles, um die Namen derjenigen zu erfahren, welche die Klage an den Bundesrat wegen der Jesuitenmissionen unterzeichnet haben. Offenbar hat dieses auffallende Nachsuchen, welches sich bis in den Bundeplatz erstreckt haben soll, den Zweck, die Betreffenden der Rache eines fanatischen Pöbels preiszugeben. Der „Confédéré“ erklärt sich bereit, die betreffenden Namen zu veröffentlichen, unter der Bedingung, daß die ultramontane Blätter die Namen derjenigen mittheilen, welche im Jahre 1852 eine Petition an den französischen Kaiser gerichtet haben, derselbe möchte zu Gunsten des von der Eidgenossenschaft unterdrückten freiburgischen Volkes auf diplomatischem Wege und wenn nötig, mit Waffengewalt intervenieren. — Die Regierungsräte von Bern und Basel und haben den von den Abgeordneten der Diözese Solothurn gefassten Besluß, betreffend den Rücktritt von der Vereinigung über das Priesterseminar, bereits bestätigt. Das nämliche beantragt die Regierung von Thurgau beim Grossen Rat und lädt den katholischen Kirchenzirkel ein, über Erzeugung des Seminarunterrichtes für die katholischen Theologen Vorschläge zu machen.

Frankreich.

Paris, 25. April. Gestern fanden zwei öffentliche Versammlungen statt, in welchen über das Plebisitz diskutiert wurde. In der ersten, welche in dem Saale Mollière abgehalten wurde, führte der Advokat Lassière den Vorsitz. Die Versammlung bestand größtentheils aus den besseren Klassen der Arbeiter. Die Diskussion war eine äußerst lebhafte. Es handelte sich nämlich darum, ob man mit Nein stimmen oder sich der Abstimmung enthalten solle. Der letztere Modus des Protestes trug den Sieg davon. In der zweiten Versammlung, welche in der Rue de Dieu stattfand, erhielten die Anhänger der Enthaltung bei der Abstimmung ebenfalls die Majorität. Der Satz, daß, da man das Kaiserreich nicht anerkenne, man auch nicht auf seine Frage zu antworten habe, wurde fast einstimmig gebilligt. Der bekannte Schriftsteller Lissagaray (Chef-Redakteur des „Avenir du Gers“ und Vetter der Cassagnac), welcher der Versammlung präsidierte, stellte zum Schluss folgenden Antrag: „Da wir augenblicklich keine Regierung haben, und dieses so lange dauern wird, bis das Volk sich ausgesprochen hat, so bitte ich die Bürger, jeden Abend unsere Versammlungen mit dem Ruf: „Es lebe die Republik!“ zu verlassen.“ Selbstverständlich wurde dieser Antrag angenommen und die Versammlung trennte sich unter den Rufen: „Es lebe die Republik! Es lebe Rochefort!“ Zu unlücklichen Szenen kam es nicht. Uebrigens herrschte im Augenblick nirgends eine besondere Aufregung; die Gemüther sind wohl erregt, aber nicht erhöht. — Die „Gazette de France“ veröffentlicht folgende Erklärung:

Politische Freunde der „Gazette de France“ und der „Union“, welche über das unter den gegebenen Umständen zu befolgende Aufrütteln konsultiert worden sind, haben sich in den Büros der beiden Journaux versammelt und nachdem sie berathen folgenden Entschluß gefaßt: Sich nicht durch ein bestimmtes Votum am dem Aufrufe zu beteiligen, welcher unter der Form eines Plebisitzes an das Land gerichtet wird; 1) weil nach dem Vorlaute, in welchem dieses Plebisitz abgefaßt ist, eine bejahende Antwort notwendiger Weise als eine Zustimmung zu den früheren Plebisitzen und als eine Ratifikation des Staatsstreits ausgelegt werden würde; 2) weil der Senatsbeschuß, welcher die verbesserte Verfassung von 1870 feststellt, dem Staatsoberhaupt das Recht bestätigt, welches er sich angemäßt, diese Plebisitze willkürlich, ohne irgend eine Bedingung und ohne vorhergehende Beratung der Mandatares des Landes zu erneuern, was im höchsten Grade die Negation des mit einer so unbefriedbaren Augenscheinlichkeit bei den Wahlen von 1869 zurückverlangten Repräsentativprinzips ist; endlich weil diese zukünftigen, durch nichts beschränkten Plebisitze, die auf alle Fragen der sozialen und politischen Ordnung angewandt werden können, so ein unendliches Feld aller Überraschungen und Gefahren eröffnen würden. Die beiden Versammlungen haben in Folge dessen alle die ein, welche ihre Überzeugungen theilen, das Plebisitz zu verwerfen. Nur hat die Versammlung der „Gazette de France“, indem sie die Enthaltung zuläßt, geglaubt, daß das verneinende Votum vorzuziehen sei. Die „Union“ hat sich zu Gunsten der Enthaltung ausgesprochen. Indem sie so gegen das Plebisitz protestieren, bleiben die Franzosen, welche der nationalen Tradition und den großen Prinzipien der Freiheit, deren Allianz

von der Kommune unterstützen wird. Wie viel Geld verwenden wir nicht auf Erhaltung einer Schule! — Und das Theater, bestimmt eine Bildungsanstalt des Volks zu sein, soll, obwohl sein Personal und seine Apparate kostbarer sind als die einer Schule, sich selbst erhalten, ja, soll sogar gewissen kommunalen Unternehmungen Gewinn bringen, indem man ihm auferlegt, das Gas so theuer zu kaufen, wie jeder Privatmann. Ist es ein Wunder, wenn dann im Theater der spekulativen Merkur anstatt der kunstfördernde Apollo herrscht? Aber ganz abgesehen, daß wir dadurch eine unserer wenigen Bildungsstätten verlieren, muß nicht schon das materielle Interesse uns eine gewisse Sorgfalt für Erhaltung einer guten Bühne ans Herz legen? Eine gute Bühne erhöht den Verkehr und den Geldumsatz. Der Auswärtige würde lieber nach Posen kommen, würde sich länger hier aufzuhalten, und der Einheimische sich nicht so oft veranlaßt fühlen, anderwärts Genüsse zu suchen, wenn — die Hauptstadt durch eine gute Bühne fesseln könnte. Eine der ersten Städte, welche dem Theater die Möglichkeit verschafften, auf jene ideale Höhe zu kommen, wo es ein Anziehungspunkt und Brennpunkt des Kunstmuseums wird, war das materielle und kommerzielle Bremen. In Breslau steht die Frage der Subvention seit Jahren auf der Tagesordnung, in Magdeburg und anderen Städten wird sie jetzt eifrig ventiliert. Die eingetretene Theaterfreiheit bringt diese bisher meist nur verkleidete Frage allenfalls zum Ausbruch und drängt dazu, sie einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, deren Resultat uns nicht zweifelhaft scheint.

Ziehen wir unsere Schlüsse! Der Bühne, und zwar der städtischen Bühne, welche berufen ist, eine Stätte für die wirkliche Kunst, nicht für ihre Kammerzofe, welche die Gewänder der Herrin trägt, zu sein, muß die Gesellschaft durchweg mehr Interesse, mehr Opfer zuwenden; und die Kommune muß dieser Bühne, soll sie ein gemeinnütziges Institut werden, weniger Verpflichtungen auferlegen und mehr Begünstigung zuwenden. Wir werden dabei weniger Opfer zu bringen haben als andere Städte, da der durch königliche Munizipenz gewährte Zuschuß (2000 Thlr.)

1789 durch die einstimmigen Voten von sechs Millionen Wählern und der Versammlung, die sie ernannt, ihre Treue bewahren, mit sich selbst konsequent. Sie haben immer ihre Pflichten als gute Bürger erfüllt, indem sie das Beispiel der loyalsten Ergebenheit an die soziale Ordnung und den öffentlichen Frieden geben. Die nämlichen patriotischen Gefühle empfehlen ihnen heute an, die Verantwortlichkeit einer illusorischen und gefährlichen Kundgebung zurückzuweisen, welche in Nichts jene festen und freien Institutionen garantirt, deren dringendes Bedürfnis Frankreich empfindet, und die trotz der Unglücksfälle der Gegenwart und Zukunft es nicht aufhören wird zu verlangen. Für die Versammlung der „Gazette de France“: A. de Larcy, ehemaliger Volksvertreter; H. de Trevoux, dsgl.; Paul Andral, Advokat. Für die Versammlung der „Union“: de Neuville, ehemaliger Repräsentant; de Dreux-Brézé; de Barbery.

Paris, 27. April. (Tel.) Die Budgetkommission hat die Etatsansätze für alle großen Militärmannschaften, mit Ausnahme der von Paris, Lyon und Nancy gestrichen.

Spanien.

Madrid. In der Cortesitzung vom 20. begründete der karlistische Abgeordnete Ochoa seinen Antrag auf Vorlegung der Akten des Prozesses Montpensier; er bemerkte dabei u. a. daß die öffentliche Meinung über das vom Kriegsgericht gesprochene Urteil entrüstet sei und sich skandalisiere. Marschall Prim antwortete, daß diese Entrüstung und diese Skandalisierung ausschließlich in den Reihen der karlistischen Partei zu finden sei; denn er habe sonst nirgend in der öffentlichen Meinung ähnliche Gefühle bemerkt; er fügte hinzu, daß der Herzog von Montpensier vollständig dem Gesetz gemäß abgeurteilt worden sei, nachdem sich der königliche Gerichtshof von Madrid für inkompetent erklärt hatte, und ersuchte die Cortes den Antrag abzulehnen, welchen darauf Herr Ochoa zurückzog. — Der vom Abgeordneten Oria eingebrachte Antrag, die Verathung des Wahlgesetzes zu vertagen, ist mit 66 gegen 51 Stimmen abgelehnt worden; die Minister stimmten mit der Minorität. Art. 12 des Wahlgesetzes erklärt, daß das Deputiertenmandat mit jedem öffentlichen Amte unvereinbar sei; es war dazu ein Amendment gestellt worden, wonach Offiziere und Generale zur Disposition ein Deputiertenmandat sollten annehmen dürfen, wenn sie während der Dauer desselben auf ihrem Sold verzichteten. Die Kommission hatte dieses Amendment abgelehnt. In der Sitzung vom 21. wurde der besagte Art. 12 mit 96 gegen 81 Stimmen verworfen; die Kommission wird also eine neue Fassung derselben zu redigieren haben, welche die Unvereinbarkeit des Deputiertenmandats mit öffentlichen Amtmern wieder absolut ausspricht; die Minister haben für die absolute Unvereinbarkeit gestimmt.

Madrid, 27. April. (Tel.) Der „Imparcial“ demonstriert wiederholt das Gerücht, daß neuerdings Unterhandlungen wegen Besetzung des Thrones gepflanzt werden. Dasselbe Blatt erklärt, bisher sei noch keine Lösung bezüglich der Frage der Thronkandidaten aufgestellt worden. Obwohl man allgemein die Notwendigkeit anerkenne, endlich aus dem Zustande des Provisoriums herauszutreten, so müsse man doch auch die Möglichkeit zugeben im gegenwärtigen Augenblicke einen König zu wählen.

Italien.

Rom, 22. April. Dem „Schwäb. Merkur“ wird von hier geschrieben:

Unter den Pilgern, welche uns in der letzten Zeit zugeführt worden sind, befindet sich auch eine Abgesandtschaft frommer Katholiken aus Aachen, welche dem Papste 11,000 Fr. und eine Adresse übergeben sollte, in der gegen die liberalen Katholiken Deutschlands protestiert und die Verfichtung gegeben wird, daß die Aachener den Papst für unfehlbar und Alles für Wahrheit halten, was derselbe lehre und befiehlt. Der Erzbischof von Köln sollte Geld und Adresse vermitteln, kann sich aber dazu nicht entschließen, und so bleibt Beides vorläufig noch bei ihm liegen.

Dänemark.

Kopenhagen, 24. April. Die amtliche „Berlinske Tidende“ schreibt:

„Es wird erinnerlich sein, daß in der letzten Zeit in norddeutschwürtzischen Blättern darüber Klage gefaßt wurde, daß die Ortsbehörden Schwierigkeiten erhoben, wenn minderjährige die Erklärung abgaben, unter Bezugnahme auf den Artikel 19 des Wiener Friedens-Vertrages dänische Untertanen bleiben zu wollen. In dieser Veranlassung sehen wir uns in der Lage mittheilen zu können, daß die preußische Regierung, nachdem ihre Aufmerksamkeit auf diesen Umstand hingelenkt worden, der Provinzialregierung in Schleswig die Weisung ertheilt hat, die unbefugte Haltung der Ortsbehörden in Betreff der genannten Vertragsbestimmungen zu berichtigen.“

für den Theaterunternehmer eine beachtenswerthe Reserve bietet. Die Höhe der Opfer jedoch wird sich erst bemessen lassen nach den Anforderungen, welche wir an die kommunale Bühne stellen. Wollen wir, und man sollte meinen, es müßte dies, so lange noch nicht exellente Wanderbühnen existiren, als erstes und unbedingtes Ziel ins Auge gefaßt werden, endlich eine stehende Bühnengesellschaft — etwa mit zwei Monaten Sommerferien — hier erhalten, wie sie der Würde einer Provinzialhauptstadt entspricht, so wird die Kommune einen haaren Geldzuschuß nicht scheuen dürfen. Wir schalten hier ein, und nur leidenschaftliche Verblendung kann es bestreiten, daß der polnischen Bevölkerung ebenfalls viel daran gelegen sein muß, in Polen eine Bühne zu haben, welche klassische deutsche Dramen und höhere Opern zur Ausführung bringt. Denn sie hören dort die deutsche Sprache in der besten Form, lernen dort deutsche Poesie und Kunst kennen, was heut selbst bei jenen Nationen, welche nicht in so unmittelbarer Verbindung mit uns stehen, als die in kommunaler und staatlicher Gemeinschaft mit uns lebenden Polen, immer mehr zu einer Forderung der allgemeinen Bildung wird.

Die Polen haben also auch in der Theaterfrage, wie in so vielen anderen, noch gemeinschaftliche Interessen mit den Deutschen; suchen wir uns deshalb, da es nicht möglich scheint, uns mit einander zu versöhnen, wenigstens mit einander zu vertragen. Erheben wir nicht die Theaterfrage zu einer politischen, sondern lassen wir sie in den durch das Gemeindeinteresse gezeichneten Grenzen. Dazu ist nötig, daß auf beiden Seiten die Heißsporne — deren bei uns glücklicherweise nur wenige sind — in den Hintergrund gedrängt, und die besonnenen Elemente die Angelegenheit zum Ausdruck bringen.

Als ein Zeichen der verhältnislichen Stimmung unter den Deutschen kann schon das Gerücht betrachtet werden, daß die Stadtbehörden das Theater an einen deutschen und einen polnischen Direktor verpachten werde; und obwohl diese Lösung nicht gerade viel Freude erregen würde, so dürfte sich dagegen doch

Griechenland.

Athen, 26. April. (Tel.) Der Kriegsminister Suhos hat seine Entlassung genommen und ist die Leitung des Kriegsministeriums interimistisch Valaoritis übertragen worden. — Gestern fand das Leichenbegängnis des von den Briganten ermordeten Sekretärs der italienischen Gesandtschaft statt. Der König und der italienische Gesandte führten den Leichenzug, an welchem sich das diplomatische Corps und die Minister beteiligten. Die Königin wohnte der Trauerzeremonie in der Kirche bei.

Amerika.

Newyork, 26. April. (Tel.) Nach hierher gelangten Berichten drohen 20,000 Sioux-Indianer mit einem Einfall; die Regierung hat durch Entsendung von Truppen die nötigen Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Deutsches Zollparlament.

5. Sitzung.

Berlin, 27. April. Eröffnung um 11½ Uhr. Am Tische des Zollbundestheates Präsident Delbrück mit mehreren Bevollmächtigten. Der Gesetzentwurf wegen Abänderung der Verordnung, betr. die Besteuerung des Rübenufers, bezieht die Fabrikanten von der lästigen, in Wahrheit keine Kontrolle gewährenden und gleichwohl mit der Defraudationsstrafe bedrohten Verpflichtung: drei Tage nach Beendigung der Exte ein genaues Verzeichniß ihrer Rübenvorräte und der Aufbewahrungsorte bei der Steuerbehörde einzurichten und jeden fernerem Zugang an Rüben anzumelden. Abg. Sombart akzeptirt diese Erleichterung mit bestem Dank, knüpft aber daran den Wunsch nach Belebung einer anderen Belastigung des Betriebes und nach Herstellung einer gemeinwürtzigen Einrichtung. Eine solche unzweckmäßige Belastigung ist die Versiegelung und Entsiegelung der Apparate an jedem Sonntag früh 6 Uhr, resp. 6 Uhr Abends. Dagegen lassen die Betriebsregister über die täglich verarbeitete Rübennasse im Interesse der Industrie eine sehr viel bessere Werthaltung zu, so daß das Centraleulat und die Übersichten über die verarbeiteten Rübäthe nicht, wie es jetzt der Fall ist, erst am Schlus des Campagne, sondern in ihrer Mitte, etwa in den ersten Tagen des Dezember zur Publikation gelangen und die Abschätzung der noch zur Verarbeitung bestimmten Rübäthe mitten in der Fabrikationsperiode zulassen. In Frankreich findet diese Verbindung allmonatlich statt und in Belgien erfreut sie sich sogar auf den reinen Zuckergehalt, auf den dort die Besteuerung basirt ist. Auch bei uns stand nichts im Wege, aus den bei der Behörde eingegangenen Betriebsregistern eine sichere Statistik über Quantität und Qualität des Fabrikats schon in der Mitte der Campagne zu beschaffen, die für die Interessen von grohem Werth sein würde.

Abg. Denning (Baden) fragt, ob die Regierungen nicht daran denken, die Budersteuer nach dem Budergehalt, also nach der Qualität der Waare, statt nach dem Gewicht des Rohmaterials zu berechnen. — Präsident Delbrück erwiedert, daß die Ermittlungen in dieser Frage noch fortgelegt würden. Wäre sie lediglich eine steuertechnische, so wäre sie schon gelöst; aber sie sei mit dem Wege der in Rede stehenden Fabrikation so eng verknüpft, daß ein Ergebnis noch nicht habe erreicht werden können.

Der Gesetzentwurf, der die §§ 13 und 17 der Verordnung über die Besteuerung des Rübenufers außer Wirkung setzt, wird genehmigt.

Es folgt die Schlussberathung über den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit den Vereinigten Staaten Mexikos, welchen beide Referenten Schleiden und Meier (Bremen) zur Genehmigung empfehlen, jedoch mit einigen Declarationen einzelner Artikel des Vertrags, die nach Schleiden vor oder bei dem Austausche der Ratifikationen vertragsmäßig festgestellt werden, also die Genehmigung des Vertrags bedingen sollen, während Meier (Bremen) nur dem Präsidium des Zollvereins empfiehlt, bei der Ratifikation dahin zu wirken, daß die Declarationen der einzelnen Artikel bei der mexikanischen Regierung Anerkennung finden, ohne daß deshalb der Vertrag, der vom mexikanischen Kongress bereits genehmigt ist, an denselben zurückzugeben braucht. Die Declarationen beider Referenten stimmen in ihrem Inhalte fast überein bis auf die Auslegung des Begriffs der Kriegskontrebande in Art. 15, die Schleiden für unentbehrlich hält und Meier nicht. Außerdem hat auch Abg. v. Bernuth eine Declaration in Betreff der Berechnung der Jahresfrist bei Ratifikationen wegen Bezugnahme von Schiffen oder Waaren (Art. 11) vorgeschlagen, jedoch ebenfalls in der beschiedeneren Form Meiers, nicht in der obligatorischen Schleiden.

Ref. Schleiden: Es ist bisher Brauch gewesen, Referaten über Verträge keine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, weil solche Verträge nur angenommen oder abgelehnt, nicht aber modifiziert werden können. Auch haben wir bisher über keinen Vertrag einen Beschuß gefaßt, für den nicht von vornherein eine überwiegende Majorität gesichert war. Anders liegt die Sache hier: Der vorliegende Vertrag glebt zu vielfachen Bedenken Anlaß und erfordert nach rechtmäßiger Überlegung, bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß wir im Interesse unserer Landsleute in Mexiko dennoch besser thun, den Vertrag anzunehmen — aber nur, indem wir zugleich die von mir vorgeschlagenen Interpretationen als Bedingung der Genehmigung hinzufügen. Als im vorigen Jahre auf die Interpellation des Abg. Hinrichsen von Seiten des Zollvereins erklärte wurde, daß nach den von der mexikanischen Regierung fundgegebenen Dispositionen der befriedigende Abschluß eines Handelsvertrages zu erwarten sei, begrüßten wir diese Erklärung mit Beifall. Gerade ich hat es in besonderem Maße, weil ich aus

kein ernstlicher Widerspruch erheben. Es wäre eben ein Nothmittel, das man entschuldigen könnte mit der knappen Gesellschafts- und Gemeindebedecke, nach der wir uns strecken müssen.

Die Abwechselung von deutschen und polnischen Vorstellungen, wodurch weniger deutsche Aufführungen als früher stattfinden, würde vielleicht zur Folge haben, daß das Theater stärker besucht werden möchte, und wir, auch ohne Zuschuß aus dem Stadtsäckel, eine gute Bühne erhalten. Wir sagen: vielleicht! Fest behaupten möchten wir es nicht, und wäre das selbst der Fall, so würde doch diese Möglichkeit alshald wieder zusammenfallen, sobald diese Vereinigung aufhört. Und das steht in Aussicht, da bei der letzten Versammlung der Aktionäre für Gründung eines polnischen Theaters die gehärtigste Partei unterlegen ist. Diese Polen, welche das nationale Interesse mit dem kommunalen zu vereinigen gedachten, beantragen für die bis jetzt angekommenen 6000 Thlr. das Stadtttheater zu restauriren und damit das Areal für einen polnischen Pächter zu erwerben. Die Stadt hätte auf diese Weise ein gutes Theater bekommen. In derselben entschied die Versammlung sich für den Neubau eines eigenen Hauses und die Aufbringung eines Baufonds von 100,000 Thlr. Unser Theaterwesen darf also möglicherweise in einigen Jahren eine neue Veränderung erfahren, doch lassen wir der Zukunft die Rätsel der Zukunft; heut gilt es, sich klar zu machen, unter welchen Bedingungen die Kommune das Stadtttheater in Pacht geben soll, damit Polen eine würdige Provinzialbühne erhalten. Was wir selbst darüber meinten, war eben nur eine Meinung, die auszusprechen uns als Pflicht erschien; wir werden auch anderen Meinungen gern Raum verstatthen, aber darum bitten wir: keine Leidenschaftlichkeit, keine Illusionen, sondern ruhige, sachgemäße Erörterungen!

J. W.

eigener Erfahrung die großen Schwierigkeiten kenne, mit denen man den Mexikanern gegenüber zu kämpfen hat. Mexiko hat keinen, oder doch einen sehr unbedeutenden Exporthandel und alle Vorteile, welche andere Nationen Mexiko unter der Bedingung der „Gegenseitigkeit“ erzielen, haben daher für Mexiko nur eine theoretische Bedeutung. Dagegen kommt, daß die großen Erfolge der gegenwärtigen Regierung auf politischem Gebiete das mexikanische Nationalgefühl und die nationale Empfindlichkeit in außerordentlichem Grade gesteigert haben. Mexiko hat 1867 alle Verträge mit den europäischen Mächten, die das Kaiserthum anerkannt haben, selbst die Verträge mit England und Dänemark gefündigt, ein Beweis, wie stark sich Mexiko jetzt dem Auslande gegenüber fühlt. Wenn ich endlich noch die Schwierigkeiten hervorhebe, die in der Verfassung und Gesetzgebung Mexikos für uns liegen, so werden wir gewiß alle Veranlassung haben, mit großer Vorsicht an die nötig schneidenden Abänderungen zu gehen. Die einzelnen Änderungen aber, welche ich für unumgänglich halte, sind folgende. Im Art. 2 wird bestimmt, daß das Recht des Einlaufs und Läschens der Schiffe der beiden Länder weder die Befugnis zum Küstenhandel noch zur Sabotage umfaßt, die allein den einheimischen Schiffen vorbehalten bleiben soll. Ich beantrage hinzuzufügen, daß durch diese Bestimmung das Recht der beiderseitigen Schiffe, ihre mitgebrachte Ladung teilweise in mehreren Häfen des anderen Gebietes zu löschen, nicht beeinträchtigt werden soll. Im Art. 3 werden in Bezug auf Abgaben, Tonnen-, Loosten-, Quarantänelagen der ic. unsere Schiffe denen der meistbegünstigten Nation gleichgestellt. Die meistbegünstigte Nation ist die amerikanische, die Schiffe der Amerikaner aber sind in dieser Beziehung den einheimischen mexikanischen Schiffen gleichgestellt und ich kann daher konstatieren, daß auch die Schiffe des Zollvereins fortan das gleiche Vorrecht genießen werden. Artikel 11 bestimmt, daß Schiffe und Waren, wenn sie von Piraten genommen und nach den Häfen gebracht sind, den Eigentümern zurückgestellt werden sollen, sobald diese ihr Eigentumrecht in gehöriger Form vor den kompetenten Gerichten nachgewiesen haben, daß aber die Reklamation innerhalb eines Jahres, von der Zeit der Begnadigung der gedachten Schiffe an gerechnet, durch die Beteiligten vorgebracht werden muß. Der Abg. v. Bernuth beantragt, dies Jahr der Reklamationsfrist erst mit dem Zeitpunkte beginnen zu lassen, wo der Beteiligte von der Begnadigung Kenntnis erhalten hat. Ich kann diesen Antrag zur Annahme nicht empfehlen; durch jede Abänderung, die wir beschließen, machen wir den Vertrag für die Mexikaner unannehmbar und vermehren die ohnehin schon vorhandenen Schwierigkeiten. Bei Art. 12 verweise ich die ausdrückliche Hervorhebung der Gleichstellung von Katholiken und Nichtkatholiken in Bezug auf den von der mexikanischen Regierung den Angehörigen des Zollvereins, die sich in Mexiko aufzuhalten, zu gewährenden Schutz. Die bedenklichste Bestimmung aber des Vertrages enthält der Art. 13, da heißt es, die Schiffe, Schiffsmannschaften, Waren ic. der beiderseitigen Staatsangehörigen dürfen weder zum Zweck einer militärischen Unternehmung noch irgend welchen sonstigen Dienstes ohne entsprechende Entschädigung mit Beschlag belegt oder angehalten werden. Das ist eine ganz ungeheuerliche Bestimmung, die mit der Ehre der Deutschen nicht verträglich ist. In den Worten „ohne Entschädigung“ liegt ausdrücklich die Anerkennung ausgesprochen, daß die Mexikaner berechtigt sind, jedes unserer Schiffe anhalten und mit Beschlag belegen zu können, wir werden damit vollkommen auf den guten Willen der Mexikaner angewiesen. Der amerikanische Vertrag mit Mexiko sagt ausdrücklich, eine Beschlagnahme dürfe unter keinen Umständen erfolgen, nur ein Anhalten würde für zulässig erklärt, und das ist bestimmt, trotzdem die Amerikaner sich immer anders zu helfen wissen und in den Bestimmungen über die gegenseitige Entschädigung stets die Mittel haben, sich bezahlt zu machen. Ich schlage daher vor, dem Artikel den Zusatz zu geben, daß es zur Benutzung oder Anhaltung von Schiffen u. dgl. der freiwilligen Zustimmung der Eigentümer oder der Reeder oder des Schiffsführer oder der Agenten derselben bedürfe. In Art. 14 wird im zweiten Absatz bestimmt, daß, wenn durch den Tod einer Person, welche in dem Gebiete eines der kontrahierenden Staaten Grundbesitz besitzt, das Letztere nach den Landesgesetzen einem Angehörigen des anderen Staates zufallen, dieser aber in seiner Eigenschaft als Fremder dasselbe zu besitzen nicht fähig sein sollte, von dem Tode an gerechnet, wo er gesetzlich darüber verfügen darf, eine Frist von einem Jahre eingeräumt wird, um die Grundstücke nach Siedlungen zu veräußern, wobei ihm erlaubt sein wird, den Erlös ohne Hindernis und frei von allen Rechtsansprüchen Seitens der Regierung des betreffenden Staates aus dem Lande zu führen. Hier beantrage ich die Erklärung hinzuzufügen, daß durch den zweiten Absatz des Artikels 14 des Vertrags die allgemeinen Landesgesetze, wonach fremde ländliche und städtische Grundstücke, sowie Bergwerke eigentümlich erwerben, behalten und durch Kontrakt oder Testament übertragen können, nicht aufgehoben oder abgedämpft werden sollen, — und den Wunsch auszusprechen, daß die für die Veräußerung von an Fremde vererbten Grundstücken bewilligte Frist von einem Jahre auf drei Jahre verlängert werden möge. Wenn endlich im Art. 15 alle Arten Waffen, Instrumente und Gerätshäfen von Eisen, Stahl, Kupfer oder Bronze und alle übrigen für den Kriegsgebrauch zu Lande oder zu Wasser geeigneten Gegenstände für Kriegskontrebände erklärt werden, so möchte ich bitten, hier zu erklären, daß unter den „übrigen“ Gegenständen, welche zum Kriegsgebrauch dienen können und geeignet sind, lediglich „andere auf den Gebrauch von Waffen“ sich beziehende Gegenstände“ und „Waffen, Instrumente und Gerätshäfen für den Kriegsgebrauch zu Wasser und zu Lande“, nicht aber sonstige für den Kriegsgebrauch geeignete Gegenstände zu verstehen seien. Der Vertrag giebt also, so resümire ich, zu vielen Ausstellungen und Bedenken Anlaß. Man kann vielleicht bedauern, daß überhaupt Verhandlungen über den Vertrag eingeleitet worden sind; wenn man hätte vorsehen können, daß nur so ungünstige Bedingungen zu erreichen seien würden, so hätte man besser gehalten, die Verhandlungen gar nicht anzufangen. Nachdem dies aber einmal geschehen ist, nachdem der Entwurf einmal vorliegt, bleibt uns nichts übrig, als mit den von mir vorgeschlagenen Bedingungen den Vertrag anzunehmen; wir würden sonst die nationale Empfindlichkeit der Mexikaner verletzen und die vortheilhafte jegliche Stellung unserer Landsleute in Mexiko kann nur Schaden davon erleiden.

Abg. Meier (Bremen): M. H., auch ich kann gewichtige Bedenken nicht unterdrücken. Nun ist der Vertrag aber abgeschlossen. Da bin ich nun überzeugt, die Ablehnung würde die Lage der Deutschen in Mexiko ganz bedenklich verschlimmern. Daher bitte ich auch dringend, nicht dem Antrage des Referenten zuzustimmen und die von ihm vorgeschlagenen Interpretationen als Bedingung der Annahme hinzustellen; denn das würde meines Erachtens einer Ablehnung gleich zu halten sein. Ich schlage vielmehr vor, zwar den Interpretationen mit Ausnahme der zu Art. 15 gestellten, uns anzuschließenden, die aber nur in der Form thun, daß wir dem Präsidium empfehlen, bei der Ratifikation in der Richtung dieser Interpretationen zu wirken. Was die einzelnen Bedenken betrifft, die in den Interpretationen ihren Ausdruck gefunden haben, so sind dieselben wohl zum großen Theile aus dem Missverständnis der mexikanischen Gesetze und Einrichtungen entstanden. Die mexikanische Regierung aber hat mit vollem Rechte auf die Bestimmungen der mexikanischen Verfassung, auf die Bestimmungen des Toleranzediktes, des Konsulargesetzes u. s. w. hingewiesen und es abgelehnt, Bedingungen einzugeben, die, wenn sie eingegangen waren, eine gewisse Anerkennung der Berechtigung des Misstrauens ausgestanden hätten. Ich kann mich den Vorwürfen des Referenten zu den Artikeln 2, 13, 14 anschließen, sein Antrag zu Art. 15 dagegen scheint mir nötig zu sein, der spanische Ausdruck a proposito para hacer la guerra besitzt die genügende Präzision und ich finde darin Alles was nötig ist, gewahrt. Auch den Antrag Bernuth bitte ich abzulehnen; ein Seeräuber läuft nicht erst lange Zeit hingehen, ehe er die genommenen Waren realisiert, er thut dies so bald er kann, und die Frist von einem Jahre reicht daher vollkommen aus; es ist aber nicht wohlgemerkt, Anträge hier anzunehmen, die nicht durchaus nötig und unumgänglich sind. Durch die größere Beschränkung erreichen wir das Beste.

Präsident Delbrück: Den Unterschied zwischen dem Antrage des Referenten und dem des Korreferenten halte ich für einen sehr materiellen. Der Referent schlägt vor, daß das Zollparlament durch seinen Beschluß eine bestimmte Auffassung bestimmter Artikel des Vertrages definitiv aussprechen soll, welche zum Theil in diesen Artikeln nicht zu finden ist, mit andern Worten, daß es den Vertrag nur mit der Maßgabe genehmigen soll, daß seine Interpretationen zwischen den kontrahierenden Regierungen vereinbart werden. Diesen Antrag sehe ich als einen Antrag auf Ablehnung des Vertrages an. Bezüglich einiger der von dem Referenten vorgeschlagenen Erklärungen habe ich nicht den geringsten Zweifel, daß sie auch der Intention der mexikanischen Regierung entsprechen, bezüglich anderer befürchte ich das ganz entschieden. Das ist der materielle Unterschied dieses Falles von dem im Reichstage. Der formelle ist der, daß, so lange das Zollparla-

ment zusammen ist, es unmöglich sein wird, zu konstatiren, ob die mexikanische Regierung die Auffassung des Referenten theilt. Er selbst wiss darauf hin, daß man in Mexiko ein sehr leicht erreichbares point d'honneur bestreite; es würde eine für den diesbezüglichen Vertreter völlig unlösbare Aufgabe sein, zu einem in dieser Weise veränderten Vertrage die Zustimmung zu erlangen; es wäre das ein Verfahren, zu welchem, wie ich glaube, er gar nicht einmal den Auftrag erhalten könnte. Was nun die einzelnen Einwendungen gegen den Vertrag betrifft, so halte ich den Ausdruck comercio de escala in Art. II. allerdings für zwecklosen Sinnes; aber er ist hier passirt, weil man sich unter ihm nichts Anders gedacht hat, als gewöhnlich in Mexiko darunter verstanden wird. Der Referent wiss wiederholte auf Differenzen zwischen dem spanischen und dem deutschen Texte hin und schien den deutschen Text den Interessen der Deutschen für weniger günstig zu halten als den spanischen. Er bemerkte aber mit Recht, daß bei einem in doppelter Sprache abgefaßten Vertrage jeder Theil gegen sich denjenigen Theil muß gelten lassen, der in seiner Sprache abgefaßt ist, d. h. die mexikanische Regierung muß ihren für uns günstigeren Text sich gefallen lassen, soweit es sich um Rechte gegen sie handelt. Hier nach braucht es auf die Einwendungen wegen der Textdifferenzen nicht weiter einzugehen. Was den Art. 13 betrifft, so erinnere ich daran, daß eine ganz analoge Bestimmung in dem Vertrage zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten steht und daß die letzteren, die im Punkte der Nationalehre ebenfalls sehr empfindlich sind, an derselben keinen Anstand gemacht haben. Die Sache selbst mag man bestimmen oder nicht — Noch kennt kein Gebot; im Kriege nimmt man Dinge, wenn man sie absolut braucht, wo man sie findet. 1856 hat der Herr Referent mit Mexiko einen Vertrag abgeschlossen, den ich als einen Mustervertrag anerkenne, und zwar deshalb, weil er von der mexikanischen Regierung Bogenstandnisse erreichte, wie sie von derselben weder vorher noch später gegeben sind; aber weil das Schiff zu voll gepackt war, ging es unter, der Vertrag kam nicht zu Stande. (Heiterkeit.) Trotzdem in diesem Vertrage in drei verschiedenen Ausdrücken bestimmt war, daß die Schiffe ic. nicht mit Beschlag belegt, ergripen und weggeführt werden dürfen, nahm die hamburgische Bürgerschaft doch keinen Anstand daran, sondern genehmigte ihn. Unser Vertrag hält die richtige Wette, indem er blos sagt, mit Beschlag delegt werden. (Heiterkeit.) Gerade dieser Artikel hat eine mehr politische Färbung, was seine Abänderung besonders schwierig macht. Zu welchem Zwecke sollen eigentlich die Worte „ohne entsprechende Entschädigung“ gestrichen werden? Die Entschädigung wird doch immer nur geleistet werden, wenn eine Regierung in Mexiko ist, die gewillt ist, dieselbe zu geben. Aus dem Wortlaut des Art. 14 kann eine für Mexiko günstigere Bestimmung nicht hergeleitet werden. Ich gebe zu, daß es wünschenswert ist, die Frist von einem auf drei Jahre zu verlängern; aber das würde eine neue Verhandlung erfordern, deren Resultat nicht vorher zu bestimmen ist. Sollte dieser Punkt jedoch geschlossen werden, so würde der Versuch gemacht werden, die Zustimmung der mexikanischen Regierung zu ihrer Aenderung zu erlangen. Für die eigentlich seerechtlichen Bestimmungen beziehe ich mich auf das, was der Herr Korreferent gesagt hat. In Art. 15 ist die ausdrückliche Bestimmung vermieden, daß die Auslieferung der Deserteure ausgeschlossen ist, wenn sie Angehörige des Landes sind in welchem sie ergripen sind. Eine solche Bestimmung ist in diesem Vertrage entbehrlich, der nur regeln soll, was das praktische Bedürfnis erfordert. So lange die mexikanische Republik besteht, ist noch kein mexikanisches Schiff in einen deutschen Hafen eingelaufen, was 50 Jahre lang nicht geschehen ist, wird jetzt auch nicht eintreten; und das Gleiche jener Bestimmung ist also keine Lücke im Vertrage. Die Dauer des Vertrages ist nicht willkürlich auf 8 Jahre festgesetzt, sondern hängt mit der Dauer der Zollvereinverträge zusammen.

— Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß der Vertrag doch nicht so gefährlich ist, wie er dargestellt ist. Deshalb übernehme ich auch ohne Anstand die Verantwortlichkeit, die der Herr Referent von dem Unterhändler des Vertrages auf das Präsidium des Zollvereins übertragen hat. Als die Verbindungen mit Mexiko wieder angelüpft wurden, handelt es sich darum, die großen materiellen Interessen, welche die Deutschen mehr als eine andere europäische Nation in Mexiko haben, zu befestigen, das erschütterte Vertrauen unserer deutschen Kolonie zu beleben, ihr nicht bloss die Stellung zu erhalten, die sie durch die Achtsamkeit ihrer Mitglieder in Mexiko erworben hat, sondern zu verstetigen durch eine Anerkennung am das Vaterland. Bei dieser Befestigung genügt es nicht allein einen Agenten nach Mexiko zu schicken mit dem Auftrage die Interessen der Deutschen wahrzunehmen, sondern dazu ist eine vertagmäßige Grundlage erforderlich. Der diesseitige Agent in Mexiko hatte deshalb gleich von vorn herein die Instruktion über einen Vertrag zu verhandeln. Ich habe Ihnen nachgewiesen, daß der Vertrag die deutschen Interessen nach keiner Seite hin schädigt und als Thatssache behauptet ich, daß der gesamte deutsche Handelsstand in Mexiko nichts lebhafter wünscht, als auf Grundlage dieses Vertrages die Verhältnisse wieder geordnet zu sehen. Der Handelsstand daselbst weiß sehr wohl, daß sich dieser Vertrag von dem alten des Zollvereins unvorteilhaft unterscheidet, er weiß aber auch, daß mehr als hier erreicht ist, unter den gegebenen Verhältnissen in Mexiko nicht zu erreichen war, und daß seinen Interessen sehr schlecht gedielt sein würde, wenn man um des Besseren willen, dessen Errichtung Niemand garantieren kann, das Gute wegwerfen wollte. (Beifall.)

Abg. Augsburg hält den Vertrag für wichtig nicht bloss wegen der materiellen Interessen, die er berührt, sondern auch, weil er der erste ist, der erneuert werde, seitdem Mexiko die älteren Verträge verworfen habe. Er würde deshalb gewissermaßen als Norm dienen für sämtliche neuen Verträge Mexikos. Würden deshalb bei ihm Fehler begangen, so würde nicht bloss die deutsche, sondern alle europäischen Nationen geschädigt werden. Gegen die Artikel 13 und 17 habe er besonders deshalb Bedenken, weil Mexiko nicht der Pariser Konvention über die Neutralität der Schiffe im Kriege beigetreten sei. Die Interessen der deutschen Kaufleute in Mexiko seien (das könne er auf Grund seines längeren Aufenthaltes daselbst behaupten) sehr verschieden und dürfe von einer Zustimmung der Kaufleute in der Hauptstadt nicht auf die der Kaufleute an den Küsten geschlossen werden. Der Vertrag enthalte vielfache Wünsche, besonders schüre er in Kriegszeiten unsere Landesleute nicht genügend; er sei aber einmal abgeschlossen. Deshalb möge man ihn genehmigen, jedoch unter gleichzeitiger Annahme der Resolution des Referenten, die so maßvoll sei, daß bei einigermaßen wohlwollender Auffassung ihr auch die mexikanische Regierung Zustimmung werde.

Vor der Abstimmung über die einzelnen Artikel des Vertrages giebt der Referent Schleiden den amändernden Charakter seiner Deklarationen auf und begnügt sich mit der Form des Wunsches wie der Korreferent. Der Referent versichert, daß ihm der Gedanke, das Vertragswerk zu stören, fern liege und daß nur ein vielfach verbreitetes Missverständnis ihm einen solchen impftrate. Im Verlaufe der Spezialdiskussion sucht er dies von Fall zu Fall nachzuweisen und vertheidigt namentlich sein eigenes, im Jahre 1856 für die Hansestädte abgeschlossene Vertragstwurf, dem leider das Schicksal, perfekt zu werden, durch die nachträgliche Verwerfung der mexikanischen Regierung verjagt blieb, gegen die ironische Kritik des Präsidenten Delbrück. Er erinnert daran, daß die Verfassung Mexikos damals eine andere war und daß das große Deutschland andere Ansprüche bei dem Abschluß eines Vertrages machen könne, als die Hansestädte. Nachdem Abg. v. Bernuth seine Deklaration zu Art. 11 zurückgezogen, wird der Vertrag mit der Resolution des Korreferenten Meier (Bremen) genehmigt, die des Referenten auch in der milderen Form, die er nachträglich gewählt hat, abgelehnt. Schluß 2½ Uhr. Nächste Sitzung Freitag. (Wahlprüfungen. Schlußberathung über Zollsteuer. Berathung über den Tarif.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 28. April.

— Hr. Vizepräsident v. Wagnern wurde am Mittwoch durch den Oberpräsidenten, Hrn. Grafen v. Königsmarck in Gegenwart der Mitglieder des Medizinal-, Schul- und Regierungskollegiums in seine neue amtliche Tätigkeit eingeführt. Der Hr. Oberpräsident, Graf v. Königsmarck begiebt sich, wie uns mitgetheilt wird, Anfang Mai d. J. zu einer Brüderlichkeit Brunnenkur nach Karlsbad.

— Die Frage, wer sind die Gebrüder Lehmann? hat sich bei dem Bericht aus Nom, der dieselben als Antragsteller in der Angelegenheit der Judenbelehrung nannte, wohl mancher vorgelegt, ohne irgendwo eine genügende Antwort zu er-

halten. Das Heilleton der in Karlsbad erscheinenden Badezeitung „Der Sprudel“ giebt nun eine Auskunft über die jüdischenbefreundenden Gebrüder, deren Zuverlässigkeit wir übrigens dahin gestellt sein lassen; das Blatt schreibt:

Die „Gebrüder Lehmann“, früher Lehmann und Komp., stammen aus einer ehrenwürdigen Altenhoven-Familie der Provinz Posen, einem Lande, dessen Kulturgeschichte D. Kalisch in seinem berühmten Werk: „Gewaltfachen, illustriert von Scholz, Verlag von Hofmann“, niedergelegt hat. Schon frühzeitig übten diese beiden Brüder — in dem bewußten Drange ihrer höheren Mission — neben ihrem jüdischen Gewerbe christliche Werke der Mildthätigkeit: entlasteten goldlockige Jungfrauen der Hölle ihres weichen Haars; liehen selbst auf Pfand der Vieh, sammelten die österreichischen Silberdecken unter den Bauern des Landes und spielten gar schöne Promessenspiele auch mit Andersgläubigen. Aber bald sahen sie ein, daß Rotte-Canneva Paraplu-Ställagen, fromme Knoppen-Konkurrenten und dankbare Wechselschreiber noch kein Anrecht auf eine Freikarte zur Extraherung in den Himmel gewähren und sie wechselten eines Tages nach langjähriger Überlegung und schweren Gemüthskämpfen endlich ihren Glauben und ihre Helden und begaben sich in die lutherische Kirche. Als sie aber erkannten, daß darin schon so viele Juden sind, lehrten sie auch dieser den Rücken und zogen ein in den Schoß des Katholizismus.

— Der Stadtverordneten Sitzung am 27. d. M. wohnten 24 Mitglieder bei; 3 hatten ihre Abwesenheit entschuldigt, außerdem waren abwesend die Herren: Breslauer, Gaspolt, Beckert, Knorr, Lewandowski, Schulz, Lischka. Der Magistrat war vertreten durch die Herren: Bürgermeister Kohleis, v. Chlebowitz, Herz. Dr. Samter, Stenzel. — Der erste Gegenstand der Sitzung war die Verordnung, Pflasterung des Sapientplatzes, war noch nicht genügend vorbereitet und wurde demnach vertagt.

— Zum Schiedsmann für das 5. Revier wurde auf Antrag des Hrn. C. Meyer, Referenten der Wahlkommission, an Stelle des Hrn. H. Grunwald, Hr. Kaufmann Tobias Braun gewählt.

Betr. die Bewilligung der Hälfte der Verwaltungskosten zur Unterstützungskasse für Buch- und Steindrucker gehilfen pro 1869, teilte Hr. Bielefeld als Referent der Finanzkommission mit, daß der Magistrat die Bewilligung des Beitrages von 23 Thlr. 18 Sgr. zu dem angegebenen Zwecke beantragt habe. Da die Finanzkommission sich dafür ausgesprochen hat, daß dieser Beitrag aus dem Extraordinarium gewährt werde, überließes Hr. Stadtrath Dr. Samter die Mitteilung machen, daß die Kommune nach dem Gesetz vom 3. April 1854 jenen Beitrag nicht verweigern könne, so wurde von der Versammlung beschlossen, denselben aus dem Extraordinarium zu bewilligen.

Über die Erörterung der Rechtsfrage, betr. die Unterhaltung des Gerberdammes teilte Hr. Mügel als Referent der Rechtskommission folgendes mit: Die hiesige Polizeibehörde hatte den Wunsch ausgesprochen, daß der Gerberdamme mit Ries aufgeschüttet werden möge, da derselbe unwegsam geworden war. Obwohl nun die Militärbehörde jenen Damm hat anlegen lassen, und demnach auch für dessen Unterhaltung sorgen mühte, so ließ der Magistrat doch im öffentlichen Interesse die Aufschüttung in diesem Frühling ausgeführen, wodurch ein Kostenaufwand von 381 Thlr. verursacht wurde. Die Versammlung hatte in ihrer Versammlung am 13. April beschlossen, diesen Beitrag nachträglich zu bewilligen, jedoch mit dem Vorbehalt der Erfüllung seitens des Militärfiskus, und die Rechtskommission mit der Erörterung der Rechtsfrage zu beauftragen. Die Rechtskommission spricht ihre Ansicht dahin aus, daß der Ries allerdings verpflichtet gewesen wäre, die Kosten für jene Aufschüttung zu tragen, daß jedoch, da die Polizeibehörde nur den Wunsch ausgesprochen habe, der Damm möge durch Aufschüttung repariert werden, und demnach der Magistrat freiwillig im öffentlichen Interesse dieselbe habe ausführen lassen, die Beschreibung des Rechtsweges befußt Erstattung des Beitrages von 381 Thlr. zu seinem Siele führen werde. Die Kommission erhielt demnach den Rath, 1) im vorliegenden Falle den Rechtsweg nicht zu beschreiten, 2) den Magistrat zu ersuchen, häufig Reparaturen des Gerberdammes freiwillig nicht zu übernehmen, und 3) mit dem Militärfiskus ein Arrangement in Bezug auf den Gerberdamme zu treffen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Über die Aufnahme der Grafen Johann Paul und Bro-nislaski v. Luszkawski als Einwohner hiesiger Stadt machte Hr. Pilek folgende Angaben: Die Eltern der beiden Grafen, früher in Polen ansässig, gingen nach der polnischen Revolution des Jahres 1830 nach Paris und kamen zu Seiten Friedrich Wilhelms IV. im Jahre 1845 nach Preußen. Die beiden genannten Grafen besitzen ein Haus in der Mahlenstraße zu Posen und bedeutende Güter in Polen, sind aber weder in Preußen noch in Polen heimathberechtigt, und wünschen nun, um diesem Befinden ein Ende zu machen, als Einwohner unserer Stadt aufgenommen zu werden, sind auch bereit, ihrer Militärpflicht als Volontärs zu genügen. Die Aufnahme wurde von der Versammlung bewilligt.

Über die Umlührung des grünen Platzes teilte Hr. Gerstel als Referent der Bau- und Finanzkommission mit, daß vom Magistrat zur Umlührung der Anlagen auf dem grünen Platz und Leipziger Platz (Edle der gr. und H. Gerberstraße) seitens des Magistrates 2 Projekte vorgelegt werden sollen. Nach dem einen sollen die Anlagen mit kleinen Böschungen, welche mittels einfachen Drahtes mit einander verbunden werden sollen, umgeben werden, und würde die Umlührung beider Plätze, die laufende Reihe à 1 Thlr. 615 Thlr. kosten; nach dem anderen Projekt wären Pfosten mit zwei Drahten anzuwenden, und würden sich alsdann die Ruten à 1 Thlr. 15 Sgr. die Kosten auf 820 Thlr. stellen. Die Bau- und Finanzkommission ist für Verweigerung dieser Ausgabe, und hofft überdies Hr. Löwinsohn hervor, daß einerseits jene Einfriedigung den Anlagen keinen genügenden Schutz gewähre, andererseits aber bloße Grasplanzungen die leicht erneuert werden könnten, auch einer so kostspieligen Einfriedigung nicht bedürfen, zumal andauernd an die Kommune sehr beträchtliche Ausgaben herantraten. Es wurde demgemäß der Antrag des Magistrats auf Gewährung der zur Einfriedigung der beiden Plätze nötigen Mittel abgelehnt.

Ebenso wurde der Antrag des Magistrats, einem ehemaligen städtischen Hilfs-Erlöser, welcher hier ein kleines Grundstück besitzt und überdies eine Militärrente bezieht, jedoch kranklich und arbeitsunfähig ist, eine monatliche Unterstützung von 1 Thlr. zu gewähren, bis das älteste seiner beiden Kinder 14 Jahre alt sei, abgelehnt.

alphabetischen Stationsverzeichniß. Verlag von Barthol & Co. in Berlin 1870. In dem so eben erschienenen Nachtrag zu dem Kochschen Eisenbahn-Stations- und Orts-Verzeichniß sind nach den offiziellen Mittheilungen der betr. Eisenbahn-Direktionen sämmtliche im Jahre 1869 eröffneten und in 1870 in Betrieb zu setzenden Linien mit allen Stationen aufgeführt, und dem praktischen Bedürfniß wird zugleich durch ein ganz neues und vollständiges alphabetisches Stationsverzeichniß genügt. Der Nachtrag wird hierdurch in Verbindung mit dem Stationsverzeichniß von 1869 beim praktischen Gebrauch keinen Hauptzweck, wie eine ganz neue Auslage, erfüllen. Das Werk dient zum Nachschlagen bei der Güterversendung, wo es allen Interessenten unentbehrlich sein dürfte, und bietet auch ein reiches Material zur Kenntnis des gegenwärtigen Standes des europäischen Eisenbahnnetzes. Die Notizen über die erst in Betrieb zu setzenden Bahnen könnten freilich bald aller Sorgfalt nicht immer richtig ausfallen. So finden wir z. B. bei der Märkisch-Posener Bahn die Bemerkung, daß sie in ihrer ganzen Ausdehnung am 1. April in Betrieb gesetzt wird, während es den Anschein gewinnt, daß sie erst in Monaten eröffnet werden dürfte.

Staats- und Volkswirtschaft.

Breslau, 27. April. (Tel.) In der heutigen stadtgebundenen außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre der Oberschlesischen Eisenbahnsgesellschaft wurde der Antrag des Verwaltungsrathes, nach welchem die Emission der Stammaktien D in diesem Jahre nicht erfolgen solle, einstimmig angenommen. Die Bestimmung, daß die Emission auf drei hintereinander folgende Jahre gleichmäßig zu verteilen sei, blieb aufrecht erhalten. Der Antrag bezüglich der Staatsüber dividende wurde abgelehnt.

Wien, 27. April. (Tel.) Die Einnahmen der Lombardischen Eisenbahn (öster. Ntz) betragen in der Woche vom 16. bis zum 22. April 473,344 fl., was gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres eine Mindererstattung von 148,875 fl. ergiebt.

Bern, 27. April. (Tel.) Der Bundesrath beschloß, die Frist, binnen welcher die Erklärungen, betreffend die Subvention für den Bau der St. Gotthardsbahn, abzugeben wären, um drei Monate zu verlängern. — Der Provinzialrat von Bergamo genehmigte 1½ Mill. Frs. für den Bau der Splügenbahn.

Bermisches.

* **Berlin**. Professor Kiepert befand sich in den ersten Tagen des April in Jerusalem und hatte Ausflüge in die Umgegend unternommen. Aus einem von ihm an die hiesige geographische Gesellschaft erklarten Bericht geht hervor, daß die von der Beideutsche Karte sich ganz unzuverlässig und unbrauchbar selbst in denjenigen Theilen erweise, welche ihr Autor selbst bereit und gesehen hat. Herr Professor Kiepert beschreibt zwei antike Orte, welche bis jetzt von keinem Reisenden auf dieser Route besprochen wurden, von denen der eine möglicher Weise das lange gesuchte Modell der Makkabäer ist, mit bedeutenden Ruinen von Quaderbauten, einer Heste aus römischer, vielleicht vorrömischer Zeit. Von dem wenigstens 1100 Fuß hoch gelegenen Punkte ist das Meer sichtbar. Der andere Ort ist Iasus mit einer reichen Quelle und mehrfachen antiken Skulpturstücken. Die Aussichten für die Fortsetzung der Reise ins Ost-Jordanland waren überaus günstig. Es herrschte vollkommene Sicherheit und einzelne Missionare hatten sogar ohne jede Begleitung Wanderrungen dorthin unternommen.

* **Leipzig**, 26. April. Wie der „D. A. B.“ mitgetheilt wird, hat Dr. Julius Eckardt, seit dem Sommer 1863 Redakteur der „Grenzboten“, diese Stellung aufgegeben, um am 1. Mai die Chefredaktion der vereinigten Blätter, hamburgsche Börse-Halle und hamburgscher Korrespondent zu übernehmen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wässner in Bremen.

Gewinn-Liste der 4. Kl. 141. k. preuß. Klassen-Lotterie. Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betr. Nr. in Parenthese beigefügt.

Bei der heute fortgesetztenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

74 167 287 (500) 346 462 77 532 606 58 870 935 55 60
63. 1052 57 80 123 37 72 206 66 68 395 450 66 95 (500) 597
(200) 604 12 73 71 75 79 87 (100) 837 64 922 23 47 54. 2032 46
49 (100) 73 (200) 213 43 52 340 (200) 403 8 10 85 584 628 43
86 709 (100) 825 (200) 76 (100) 87 926. 3032 80 (200) 108 (500)
11 19 39 (100) 265 78 433 609 34 717 832 50 (100) 921 41.
4009 24 147 (500) 56 212 50 86 95 98 340 62 406 554 56 637
740 50 68 (100) 892 944. 5050 133 66 79 200 16 22 314 57 76
84 (100) 406 (100) 63 516 33 36 656 63 83 (100) 89 (100) 828
35 88 943 76 98. 6030 39 (100) 79 85 105 19 83 (100) 88 (200)
301 620 724 810 39 55 959 72 87. 7132 69 255 72 73 306 403
(500) 62 96 503 61 92 621 27 55 80 720 40 48 809 21 (200) 43
63 919 35 52 77 96. 8012 40 61 99 121 60 (1000) 223 32 72 (200)
80 95 321 (1000) 404 59 96 506 64 88 (100) 703 12 (1000) 64 79
946 62. 9090 115 22 244 (100) 50 368 512 42 94 (1000) 697
(200) 714 36 (500) 872 (500) 89 (100) 951.

10,004 172 (100) 74 215 59 308 (500) 96 430 33 63 (100)

545 624 64 90 734. 11,031 80 (200) 162 77 (100) 84 89 275

336 48 79 97 430 506 37 50 68 90 614 42 84 85 729 32 80 85

806 (100) 82 96 (200) 913 22. 12,031 (100) 124 63 253 73 352

(100) 470 509 22 (100) 690. 13,024 133 20 25 56 370 74

527 43 72 79 603 752 (200) 830 945. 14,031 38 42 83 196 250

51 341 50 483 91 547 (500) 605 (100) 43 (200) 83 731 97 817

(100) 71 (100) 927 56 (500) 71 97. 15,009 (100) 47 73 80 105 37

58 237 73 308 428 89 (100) 559 (100) 620 35 54 (1000) 60 776

881 910 21 (100) 22 83. 16,002 (100) 162 (100) 82 89 226 303

(500) 50 (100) 465 75 549 608 726 72 823 61 906. 17,061 93

279 82 88 35 302 36 86 (200) 497 672 (100) 838 970. 18,000

66 106 31 44 84 214 30 388 409 10 516 49 51 54 (1000) 67

622 37 (200) 48 849 81 88 (1000) 925 66. 19,006 10 31 (500) 62

84 152 (500) 230 48 51 445 72 501 621 710 36 926

20,091 92 160 63 75 86 245 62 81 390 (500) 444 56 542

49 54 725 35 45 98 813 (500) 50 938 44 63 87 99 (500). 21,015

19 (500) 80 110 23 47 63 96 819 25 28 (5000) 35 48 (100) 417 34

506 9 711 95 885 978. 22,011 47 121 62 203 39 44 (200) 94

(100) 301 (100) 49 432 520 62 721 91 95 98 811 934 71.

23,022 145 53 77 95 224 41 314 405 44 (500) 525 86 (100) 779

866 990 99. 24,018 56 80 85 (200) 93 259 95 351 61 428 51 538

55 97 709 (100) 26 58 95 805 93 (500) 946 67. 25,008 135 282

312 405 16 57 91 96 98 505 (100) 39 640 703 50 720 (200) 847

30 913 16. 26,081 94 118 93 99 244 59 98 365 66 73 411 34

(5000) 82 552 80 81 627 (100) 44 46 (100) 55 75 85 808 54 71

913 50. 27,088 (100) 177 (500) 78 274 (100) 82 304 47 69 454 82

93 528 29 82 620 56 777 (200) 834 47 (500) 53 54 (500) 96 98

963 84 (100). 28,015 (100) 53 80 99 181 99 241 333 453 (100)

59 72 (100) 75 510 (1000) 20 (200) 87 601 24 51 59 750 54 62

855 937 46 62. 29,003 77 84 103 9 22 51 64 205 44 66 69 88

95 303 25 88 96 600 54 743 88 860 936 51 53 79

30,034 202 16 (1000) 31 303 44 (100) 57 73 469 94 589 (100)

611 76 92 733 34 57 (100) 848 909 60 81. 31,025 144 218 88

(100) 313 16 61 80 535 79 725 34 52 875 917 43 77. 32,041

(100) 61 146 86 95 362 78 418 74 559 (100) 641 50 746 866

941 62 91. 33,015 19 74 (1000) 168 224 46 (200) 75 (100) 80 86

309 25 401 54 95 547 (1000) 604 734 88 805 16 56 83 (1000)

917 19 (1000) 86 (1000). 34,015 66 (100) 67 123 265 (1000) 81

325 61 (100) 408 22 58 78 616 76 706 838 40 45 60 905. 35,065

68 103 18 (500) 40 78 216 (100) 19 29 73 (100) 315 31 (100) 46

94 465 92 651 95 735 67 88 86 813 31 51 84 982 (500). 36,091

106 41 (200) 94 204 12 63 364 461 531 71 605 52 730 869

(1000) 984 (100). 37,192 93 229 90 354 74 79 461 566 663

723 54 87 835 41 79 96 98 928. 38,003 54 118 32 39 314 19

443 80 86 512 26 40 63 841 80 904 74. 39,038 (100) 141 (500)

48 76 84 96 250 60 68 390 434 41 45 60 586 688 (200) 704 51

846 936.

40,011 115 54 63 (500) 200 (500) 2 19 64 300 31 579 685

732 90 927 48 60 69 92 96. 41,025 41 126 (200) 239 (100) 340

88 454 513 99 609 16 24 765 93 (100) 810 (100) 21 30 51 75

94 750 (100) 64 824 913. 42,017 39 62 72 97 408 (500) 31 84 609

58 430 59 527 611 22 (200) 31 709 17 (200) 863 919 21 60 89.

44,002 31 44 (100) 156 69 88 224 88 328 (100) 93 (100) 535 36
618 35 41 47 718 59 70 75 85 805 (100) 33 49 (100). 45,008 56
131 237 307 431 35 58 (1000) 560 64 602 56 709 34 45 848
69 99 943 76. 46,040 168 (100) 262 89 313 (100) 31 60 88 (100)
403 (100) 22 (100) 44 502 43 740 53 68 92 (100) 864 95 923 69
90. 47,051 91 (100) 128 42 75 87 99 (200) 244 91 365 77 85 404
29 74 76 612 44 705 8 800 12 43 937 (100) 53 93. 48,142 272

Ergänzungs-Programm des Pferderennens zu Kosten.

- I. Rennen auf flacher Bahn, Pferde im Großherzogthum Posen geboren, die noch nicht in Traineurs-Händen gewesen, 400 Ruthen Distance, 140 Pfund Gewicht, Ehrenpreis des landwirtschaftlichen Vereins, ein silberner Pokal, 20 Thlr. Einsatz, halb Neugeld, das zweite Pferd rettet den Einsatz.
 II. Rennen auf flacher Bahn — nur Hengste und Stuten, die im Großherzogthum Posen geboren und die nicht in Traineurs-Händen gewesen — 400 Ruthen Distance — 140 Pf. Gewicht. Staats-Prämie 200 Thlr.
 III. Trab-Rennen (Match), Pferde im Großherzogthum Posen geboren, 300 Ruthen ohne Gewichtsausgleichung, 20 Thlr. Einsatz.
 IV. Hürden-Rennen, Pferde im Großherzogthum Posen geboren, die nicht in Traineurs-Händen gewesen, 400 Ruthen Distance, 140 Pf. Gewicht, Ehrenpreis des Vereins, ein silberner Pokal, 20 Thlr. Einsatz, 10 Thlr. Neugeld.
 V. Bauer-Rennen, Pferde im Großherzogthum Posen geboren, 300 Ruthen Distance, erstes Pferd 40 Thlr., zweites 30, drittes 20, vierter 10 Thlr. Staats-Prämie. Die Pferde müssen am 18. Mai c. bis 10 Uhr früh am Orte der Ausstellung anmeldet werden.
 VI. Steeple-chasse, 800 Ruthen Distance, Pferde aller Länder, Gewicht 140 Pf., 25 Thlr. Einsatz, ganzes Neugeld.

Die Anmeldungen nimmt bis 2. Mai c. der Unterzeichnete an.

von Raczyński,
Parskie per Schrimm.



**7 fette Kühe,
200 fette Schafe**
stehen zum Verkauf auf dem Dominiun Mikuszewo bei Miloslaw.

Dom. Dusznik hat große türkische

Enten

zu verkaufen.
Sammtstreifen
empfiehlt wieder
Benno Graetz,
Rassegasse 4.

**Wollzüchten-
Drilllich
und
Leinwand.**

Vorzüglich schöne Qualität.
Schwere Waare.
Billigste Preise!
Posen, Markt 63.
Robert Schmidt
(vorm. Anton Schmidt)

Leere Kästen stehen zum Verkauf bei J. Pawłowski, Breslauerstr. 35

Böttcher-Werkzeuge
von handels Nachfolger in Birnbaum sind
keits vorrätig.

Magnus Beradt,
Brfr. 20.

Börse-Telegramme.

Bis zum Schluss der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

!!! Billig

Soeben ist eine Partie acht und ff. Cigarren eingetroffen, welche ich noch vor Steigerung der Tabake kaufe, um nur allen Herren Rauchern noch etwas sehr preiswertes zu bieten, empfehle ich folgende Sorten, nach jetzigem Einkaufspreis um 30% billiger, als ganz besonders

1. ff. Havanna-Cigarren à Mille 20 Thlr.	Original-Padding
2. feine Pflanzer " " 16 " in 200 und 250	
3. Blitar-Havanna " " 14 " Std. Kisten.	

und bitte alle Herren von dieser wirklich vortheilhaftesten Offerte einen Versuch zu machen, um sich von der besonderen Qualität und Billigkeit zu überzeugen.

Probe-Sendungen gegen Nachnahme oder Einzahlung franco ins Haus.

Leipzig.

Billig!!!

J. E. Berthold.

Zum Schälen von Weiden werden Kräuter, am liebsten Frauen gesucht von **Voydetuski**, wohnhaft beim Restaurator Wolff in Swins.

Ein praktischer Destillateur, mos. noch gegenwärtig in Stellung, sucht per 1. Mai Engagement. Ges. off. G. H. 10 poste restante Posen.

Eine junge Dame die jede Haushaltung leitet, Erziehung der Kinder übernimmt, in allen Handarbeiten fertig, sehr gute Bezeugnisse darüber hat, wünscht Stellung. Näheres in der Exp. der Pos. B. g.

Eine Erzieherin
welche geprüft, erfahren auch musikalisch ist, sucht zum 1ten Juli ein Engagement. Näheres in der Exp. d. B. g.

Familien-Nachrichten.

Heute früh 7 Uhr verschied in ihrem 66. Lebensjahr unsere innig geliebte Mutter, die verwitwete Frau Louise Molin geb. Spalding. Dies allen Freunden und Verwandten statt jeder besonderen Nachricht.

Berlin, den 27. April 1870.

Die Hinterbliebenen.

Für die bei der gestrigen Beerdigung unserer geliebten Victoria Gruszcynski geb. Wrzesniowska uns so innig beweiste Teilnahme sprechen wir hiermit unsern tiefgefühlteten Dank aus.

Franz Gruszcynski.

Magdalena Wiemann.

Eine anständige Familie wünscht einige Kinder, im Alter von ca. 7—14 Jahren, in kost und Pension zu nehmen. Adr. sub B. 30. nimmt die Exp. d. B. g. entgegen.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verbindungen. Hr. Alexander Pahlau mit Fr. Louise Vogel und Hr. Ludwig Schlichten mit Fr. Agnes Schlichten in Berlin.

Todesfälle. Frau Sophie Kelpy, geb. Lischmann, Frau Bertha Lehmann, geb. Fischer, Geb. Kanley. Sekretär Kähler, Frau Thekese Böhm, geb. Meyer, und Hrn. Max Fiedler Tochter Marie in Berlin, Dr. med. Theodor Brandenburg in Gries, Frau Wilh. Schulz, geb. Graß und Oberamtmann Dr. Wilhelm Braun in Charlottenburg, Ober-Lazareth. Inspektor Brauer in Potsdam, Dr. med. Gustav Neumann in Genthin, Porträtmaler Julius Weißbach in Bremen, Stadtrath G. F. Berg in Anklam, Frau Pastor Bügen, geb. Kriels in Gr. Messow, Frau Lieutenant Hedwig von Grabowska, geb. Beyer in Zeitz.

Saison-Theater in Posen.

Donnerstag den 28. April 1870.— Abschlags-Benefiz und letztes Auftritt des Herrn von Baronne. Der Königliche Tenant, Lustspiel in 4 Akten von L. Guskow. Freitag den 29. April c. Zum Benefiz für Herrn Alfred Einde: Mozart. Künstlerlebenbild in 4 Akten von Leonhard Wohlmut. Musik von Mozart.

Bur gefäll. Beachtung.

Antonio Crassé's
neuestes und größtes anatomisches
Museum,
Saviehplatz.

Da ich mein reichhaltiges Museum der königl. niederländischen Universität zu Amsterdam verkauft habe, und in Folge dessen bald übergeben muß, so wird mein Aufenthalt hier in Posen nur noch von kurzer Dauer sein. Geöffnet von Morgens 9 bis Abends 9 Uhr.

Entrée 5 Sgr.

Militair ohne Charge die Hälfte.

Schützenhaus in Neutomysl.
Sonntag den 1. Mai, Concert von der Musi Capelle Ph. Nachtwey aus Thüringen. Anfang 4 Uhr. Entrée à Person 2½ Sgr.

Bei ungünstiger Witterung findet das Concert im Saale statt.

Einfach und Doppel Posener Bier, Bock und Gräter März-Bier empfiehlt A. Romaniowski, St. Martin 69.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000 % Tralles] (mit Bok) gekündigt
15,000 Quart. pr. April 15½, Mai 15½, Juni 15½, Juli 15½, August 15½.

Bok-Spiritus (ohne Bok) 14½.

Spiritus [Privatebericht.] Roggen: windig, Bokken: Anfangs fest, schließlich ruhig. pr. Frühjahr 46—45—45½ bok. u. Bok. April—Mai 45½ bok. u. Br. Mai—Juni do. u. Br. Juli—August 47 bok.

Spiritus: höher. Getündigt 15,000 Quart. pr. April 15½—14½ bok. u. Bok. Mai do. Juni 15½ bok. u. Br. Juli 15½ bok. u. Br. Bok ohne Bok 15 bok.

Produkten-Börse.

Berlin, 27. April. Wind: NW. Barometer: 282. Thermometer: 11°+. Witterung: bewölkt. — Roggen eröffnete zwar matt, aber eine rege Nachfrage nach allen Terminen hat die Tendenz der Preise bald wieder in steigende Richtung gebracht. Stimmung ziemlich animirt, schließlich ein wenig matter. Bokken konnten die Preise der Steigerung nicht so schnell folgen, das erschwerte den Umsatz. Getündigt 25,000 Et. Kündigungspreis 46½ Et. — Roggen mehl zu steigenden Preisen gehandelt.

Stettin, den 28. April 1870. (Mareuse & Maass.)

Mai 9. 27.

Weizen, animirt.		Spiritus, animirt.			
Frühjahr	68½	67½	Frühjahr	16	15½
Juni-Juli	69½	68½	Juni-Juli	16½	16
Juli-August	70	69½	Juli-August	16½	16½
Roggen, fest.			Rödel, fest.		
Frühjahr	48	47	Frühjahr	14½	14½
Juni-Juli	48½	47½	Sept.-Okt.	13½	13½
Juli-August	49½	48½			

Börse zu Posen

am 28. April 1870.

Fonds. Posener 3½% alte Pfandbriefe —, do. 4%, neue do. 82½ Gd. do. Rentenbriefe 84½ Gd. poin. Banknoten 73½ Gd.

[Umlicher Bericht.] Bogen [p. 25 pr. Scheffel = 2000 Pf.]. pr. Frühjahr 45½, April 45½, April-Mai 45½, Mai-Juni 44½, Juni-Juli 46, Juli-August 47.

Weizen wesentlich besser bezahlt. Bekündigt 8000 Gr. Kündigungspreis 64 Rl. — Hafer loko unverändert. Termine neuerdings höher. Bekündigt 4200 Gr. Kündigungspreis 27½ Rl. — Rübel besonders auf laufenden Termin ansehnlich besser bezahlt. Im Lebigen sehr fest, aber wenig belebt. — Petroleum. Bekündigt 250 Gr. Kündigungspreis 7½ Rl. — Spiritus schließlich gegen gestern ohne wesentliche Aenderung, nachdem anfänglich zu billigeren Preisen verkauft worden war. Bekündigt 170,000 Quart. Kündigungspreis 15½ Rl. — Weizen loko pr. 2010 Pf. 58—69 Rl. nach Qualität, pr. 2000 Pf. vor diesen Monat, April—Mai 63½ a 64½ Rl. Mai—Juni do, Juni—Juli 64½ a 66 Rl. u. Br., Juli—August 66½ a 66½ Rl. Sept.—Okt. 66½ a 66½ Rl. — Roggen loko pr. 2000 Pf. 46½ a 47 Rl. pr. diesen Monat 46½ a 47½ a 48 Rl. eine abgel. Anmeldung 45½ Rl. April—Mai do, Mai—Juni 47 a 48½ a 48 Rl. Juli—August 47½ a 49 a 48½ Rl. Sept.—Okt. 48½ a 49 Rl. — Getreide loko pr. 1750 Pf. 36—40 Rl. nach Dual. — Hafer loko pr. 1200 Pf. 24—30 Rl. nach Dual, per diesen Monat, April—Mai 27½ a 28 a 27½ Rl. Mai—Juni do, Juni—Juli 27½ a 28½ Rl. Juli—Aug. 28½ a 28½ Rl. — Erbsen pr. 2250 Pf. Kochwaren 53—59 Rl. nach Dual. Buttermaise 46—52 Rl. nach Qualität. — Leinöl loko 12 Rl. Frühjahr 11 Rl. Haß 12½ Rl. — Rübel loko pr. 180 Pf. ohne Haß 16 Rl. per diesen Monat 16½ a 16 a 15½ Rl. Rl. Haß, April—Mai do, Mai—Juni 14½, a 15½ a 15½ Rl. — Juri—Juli 14½ Rl. Juli—August 13½ Rl. Sept.—Okt. 13½ a 13½ a 13½ Rl. — Petroleum raffin. (Standard white) pr. Gr. mit Haß: loko 7½ Rl. Br., per diesen Monat 7½ Rl. April—Mai 7½ Rl. Mai—Juni 7½ Rl. — Spiritus pr. 8000% loko ohne Haß 15½ Rl. Haß, loko mit Haß — per diesen Monat 15½ a 15½ Rl. u. Br., 15½ Rl. April—Mai do, Mai—Juni do, Juni—Juli 15½ a 16 Rl. u. Br., 15½ Rl. Juli—August 16½ a 15½ Rl. Haß, 16½ Rl. Aug.—Sept. 16½ a 15½ Rl. u. Br., 16½ Rl. — Riegel. Weizengehl Rr. 0 48—49 Rl. Rr. 0 u. 1 4½—5½ Rl. Roggenmehl Rr. 0 3½—3½ Rl. Rr. 0 u. 1 3½—3½ Rl. Rr. 0. Getreideversteuert exkl. Sad. — Roggenmehl Rr. 0 u. 1 pr. Gr. unversteuert inkl. Sad; per diesen Monat 3 Rl. 16 Sgr. Rr. 0, April—Mai 3 Rl. 15 Sgr. Rr. 0 3 Rl. 16 Sgr. Rr. 0, Mai—Juni 3 Rl. 15 Sgr. Rr. 0, Juri—Juli 3 Rl. 14 Sgr. Rr. 0 3 Rl. 16 Sgr. Rr. 0, Juli—August 3 Rl. 16 Sgr. Rr. 0, Sept.—Okt. 3 Rl. 17 Sgr. Rr. 0. (B. P. B.)

Stettin., 27. April. [Amtlicher Bericht.] Wetter: regnig. + 9° R. Barometer: 28.2. Wind: West. — Weizen fester, p. 2120 Pf. loko geringer gelber 58—63 Rl., guter 64—66 Rl., feiner 84 Pf. Demminer 68½ Rl. Rr. 0, 83½ Pf. loko gelber pr. Frühjahr 67, 67½ Rl. Haß, Mai—Juni 67—67½ Rl. Rr. 0, Juri—Juli 67½, 68½, 69½ Rl. Juli—August 68½, 69½ Rl. Sept.—Okt. 69, 69½ Rl. — Roggen angenehm, p. 2000 Pf. loko geringer 44—44½ Rl. 80 Pf. 47—47½ Rl. 82 Pf. 48 Rl. pr. Frühjahr 46½, 47 Rl. Mai—Juni 46½, 47 Rl. Juri—Juli 47½, 48 Rl. Juli—August 48, 48½ Rl. Sept.—Okt. 48½ Rl. — Getreide behauptet, p. 1750 Pf. loko pomm. 36—38 Rl., märl. 38½—40½ Rl., feinste bis 42 Rl. — Hafer fest, p. 1300 Pf. loko 27—29 Rl. pr. 47½ Pf. Frühjahr 28½, 29 Rl. u. Br., Mai—Juni 28½, 29 Rl. u. Br. — Erbsen unverändert, p. 2250 Pf. loko Butter. 48—49 Rl. Koch. 50, 51 Rl. Frühjahr Butter. 49, 49½ Rl. u. Br. — Heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Getreide Hafer Erbsen

58—66 44—48 37—40 25—29 46—50 Rl.

Heu 20—25 Sgr. Stroh 6—8 Rl. Kartoffeln 13—16 Rl. Rübel fest, loko 14½ Rl. Br., April—Mai 14½, a 15½ Rl. Mai—Juni 14½ Rl. Sept.—Okt. 13½ Rl. u. Br. — Spiritus fest, loko ohne Haß 15½ Rl. Rr. 0, Juri—Juli 16 Rl. 15½ Rl. u. Br., Juli—August 16½ Rl. August—Sept. 16½ Rl. — Angemeldet: 200 W. Weizen, 150 W. Hafer. — Regulierungspreise: Weizen 67½ Rl. Roggen 26½ Rl. — Hafer 23½ Rl. Spiritus 15½ Rl. — Petroleum, Herbst

Breslau, 27. April. Die Börse war in Folge der besseren Wiener Notizzitungen in günstiger Stimmung, österreichische Kredit. ca. 1 Thaler höher, Lombarden wenig verändert. Schluss matt. Per ult. fix: Rechte Oder-Ufer 88½ bez. Lombarden 109½—103½ bez. u. Br., österreichische Kredit. 151 bez. u. Br.

Offiziell gekündigt: 500 Ctnr. Hafer. (Schlußkurse) Österreich. Loose 1830 —. Blauer 93 G. Schlesische Bank 12½ Rl. Österreich. Kredit-Bankaktien 150½ a 15½ u. Br. Österreich. Prioritäten 74½ Rl. do. do. 83 Rl. do. Lit. F. 91 Rl. do. Lit. G. 89½ Rl. do. Lit. H. 88½ Rl. u. G. Rechte Oder-Ufer-Bahn St. Prioritäten 96½ Rl. Breslau-Schweid.-Kredit. — do. neue. — Österreichische Lit. A. u. O. 166½ Rl. Lit. B. — Rechte Oder-Ufer-Bahn 88½ Rl. Rosel-Oberberg. — Amerikaner 95½ Rl. Italienische Kredite 55½ Rl.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse. Frankfurt a. M., 27. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.

Berlin, 27. April. Die Börse war heute Anfangs auf dem Gebiete der fremden Spekulationspapiere matt, ohne daß sich für diese Haltung neue Gründe gaben und ohne daß die Umsätze darin größere Ausdehnung erreichten, nur Türken wurden in gutem Umfange gehandelt. Später trat eine seifere Haltung ein. Eisenbahnen zu teilweise herabgesetzten Kursen lebhafter Verkehr und fanden namentlich in Konsofs größere Umsätze statt, deutsche Fonds gut behauptet, aber still.

Österreichische Wertpapiere teilweise niedriger und wenig belebt, russische im Allgemeinen gut behauptet, aber mit Ausnahme von Boden-Kredit-Pfandbriefen und englischen Anleihen ohne Leben. Genauerer Loose wurden in Rücksicht auf die am 1. Mai bevorstehende Prämienziehung lebhaft gehandelt. — Inländische und ausländische Prioritäten behaupteten durchschnittlich ihre gestrigen Notirungen und waren inländische in gutem Verkehr; von den russischen wurden Kurs-Kiew, von den österreichischen ungarische Ostbahn lebhaft gehandelt. — Badische Bank 105½ bezahlt.

Fonds- u. Aktienbörsen. Ausländische Fonds.

Berlin, den 27. April 1870.

Preußische Fonds.

Preußische Kredit-Bl. 95½ Rl.

Staats-Bl. v. 1869 101½ Rl.

1854, 55, A. 44 92½ Rl.

1857 42 92½ Rl.

1859 42 92½ Rl.

1863 42 92½ Rl.

1864 42 92½ Rl.

1867 A.B.D.C. 42 92½ Rl.

1850, 52 engl. 82 82½ Rl.

1853 42 82½ Rl.

1862 42 82½ Rl.

1863 A 42 82½ Rl.

1864 42 82½ Rl.

1865 42 82½ Rl.

1866 42 82½ Rl.

1867 42 82½ Rl.

1868 42 82½ Rl.

1869 42 82½ Rl.

1870 42 82½ Rl.

1871 42 82½ Rl.

1872 42 82½ Rl.

1873 42 82½ Rl.

1874 42 82½ Rl.

1875 42 82½ Rl.

1876 42 82½ Rl.

1877 42 82½ Rl.

1878 42 82½ Rl.

1879 42 82½ Rl.

1880 42 82½ Rl.

1881 42 82½ Rl.

1882 42 82½ Rl.

1883 42 82½ Rl.

1884 42 82½ Rl.

1885 42 82½ Rl.

1886 42 82½ Rl.

1887 42 82½ Rl.

1888 42 82½ Rl.

1889 42 82½ Rl.

1890 42 82½ Rl.

1891 42 82½ Rl.

1892 42 82½ Rl.

1893 42 82½ Rl.

1894 42 82½ Rl.

1895 42 82½ Rl.

1896 42 82½ Rl.

1897 42 82½ Rl.

1898 42 82½ Rl.

1899 42 82½ Rl.

1900 42 82½ Rl.

1901 42 82½ Rl.

1902 42 82½ Rl.

1903 42 82½ Rl.

1904 42 82½ Rl.

1905 42 82½ Rl.

1906 42 82½ Rl.

1907 42 82½ Rl.

1908 42 82½ Rl.

1909 42 82½ Rl.

1910 42 82½ Rl.

1911 42 82½ Rl.

1912 42 82½ Rl.

1913 42 82½ Rl.

1914 42 82½ Rl.

1915 42 82½ Rl.

1916 42 82½ Rl.

1917 42 82½ Rl.

1918 42 82½ Rl.

1919 42 82½ Rl.

1920 42 82½ Rl.

1921 42 82½ Rl.

1922 42 82½ Rl.

1923 42 82½ Rl.

1924 42 82½ Rl.

1925 42 82½ Rl.

1926 42 82½ Rl.

1927 42 82½ Rl.

1928 42 82½ Rl.

1929 42 82½ Rl.

1930 42 82½ Rl.

1931 42 82½ Rl.

1932 42 82½ Rl.

1933 42 82½ Rl.

1934 42 82½ Rl.

1935 42 82½ Rl.

1936 42 82½ Rl.

1937 42 82½ Rl.

1938 42 82½ Rl.

1939 42 82½ Rl.

1940 42 82½ Rl.

1941 42 82½ Rl.

1942 42 82½ Rl.

1943 42 82½ Rl.

1944 42 82½ Rl.

1945 42 82½ Rl.

1946 42 82½ Rl.